Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1930

167 (9.4.1930) Morgenausgabe

Visual Library

Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis: frei Haus monatl. 3.20 RM., im voraus im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 3.— RM. Durch die Post bezogen monatlich 2.80 RM. Einzelpreise: Werktags-Nummer 10 Pfg., Sonntags-Nummer 15 Pfg. — Im Fall höherer Gewalt, Streik, Aussperrung etc. hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nicht-Erscheinen der Zeitung. — Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den Monats-Letzten angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile 0.40 RM. Stellen-Gesuche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis. — Reklame-Zeile 2.— RM., an erster Stelle 2.50 RM. Bei Wiederholung tarifiester Rabatt, der bei Nichteinhalten des Zieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

Neue Badische Presse — und **Handels-Zeitung** — Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 9. April 1930.

46. Jahrgang. Nr. 167.

Eigentum und Verlag von :: Ferdinand Thiergarten :: Chefredakteur: Stephan Quirmbach. Preßgesetzlich verantwortlich: Für Politik und Wirtschaftspolitik: M. Löbsche; für badische Politik und Nachrichten: A. Kimmig; f. Kommunalpolitik: K. Binder; für Lokales u. Sport: R. Volderauer; für das Feuilleton: Dr. H. Hausler; für Oper u. Konzert: Chr. Hertle; f. den Handelsteil: F. Feld; für die Anzeigen: Ludwig Meindl; alle in Karlsruhe (Baden). Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metger. Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054. Geschäftsstelle: Zirkel- und Lammstraße-Ecke. — Postscheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359. — Beilagen: Volk und Heimat / Literarische Umschau / Roman-Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Reise- u. Bäder-Zeitung / Landwirtschaft, Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Moldenhauer spricht:

Die Kassenlage des Reiches.

Der Kampf um die Finanzreform / Die Mineralwassersteuer und die Novelle zur Tabaksteuer vom Steuerausschuß abgelehnt.

m. **Berlin**, 8. April. **(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)** Der Reichstag hat wieder einmal ein Lebenszeichen von sich gegeben. Es ist ihm gelungen, das Gaststättengesetz in dritter Lesung zu verabschieden. In der Schlußbestimmung wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten angenommen. Man begann noch mit der ersten Lesung der Vorlage über den vorläufigen Finanzausgleich und die vorläufige Finanzreform und die Ergänzungsgesetze zu der eigentlichen Steuerreform, die ja schon seit Tagen im Ausschuß liegen. Der Reichsfinanzminister hielt selbst die Taufrede. Er hat inzwischen aber so oft über den ganzen Komplex gesprochen, daß ihm viel Neues zu sagen nicht mehr übrig blieb. Nur um den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen, hielt er es für richtig, von sich aus auf die eigenartige Konstruktion hinzuweisen, daß in der Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung die Formel steht, die durch den letzten Kompromißantrag unter dem Kabinett Müller abgeändert werden sollte, sodaß also

bei der kommenden Beratung die Sozialdemokraten als Oppositionspartei die Regierungsvorlage verteidigen werden, während die Regierung sich bereit erklärt hat, einem Initiativantrag der bürgerlichen Parteien zuzustimmen, der gerade diesen Teil abändern will.

Aber auf ein bißchen mehr oder weniger Durcheinander kommt es ja bei der immer noch ganz ungeklärten Lage nicht an. Im Steuerausschuß sind inzwischen die Mineralwassersteuer und die Bestimmungen über die Verkürzung der Zahlungsfristen bei der Tabaksteuer abgelehnt worden, so daß nur noch die Erhöhung der Zölle und Steuern für Benzin und Benzol sowie die Aenderung der Zuckersteuer übrig geblieben sind. Die Entscheidung des Ausschusses über die Biersteuer, das Kernstück der ganzen Vorlage, wird erst am Mittwoch vormittag fallen.

Aber auch wenn sich hier eine ablehnende Mehrheit zusammenfinden würde, wäre damit für die Regierung das Spiel noch nicht verloren.

Die Finanzreform ist im Augenblick nicht mehr ein sachliches, sondern ein politisches Problem.

Es handelt sich eigentlich nur noch darum, ob die Regierung es fertig bekommt, die Agrargesetze so mit der Finanzreform zu verkoppeln, daß der agrarische Flügel der Deutschnationalen sich der Gefahr aussetzt, auch die Agrargesetze zum Scheitern zu bringen, wenn nicht vorher oder mindestens gleichzeitig die Finanzreform zustande kommt. Darum allein geht eigentlich noch das Spiel. Von den Deutschnationalen wird vorläufig noch stark mit Bluff gearbeitet. Sie werden es aber kaum verhindern können, daß sie Ende der Woche genau vor derselben Zwangslage stehen, vor der sie bei dem Mißtrauensantrag standen, und wieder wird es sich darum handeln, ob die Fraktion einig in der Opposition bleibt, auseinanderbricht oder um der Agrargesetze willen doch auch die Finanzgesetze schluckt.

Im Steuerausschuß wurde die Novelle zur Tabaksteuer in der Gesamtabstimmung abgelehnt, da nur die Regierungsparteien dafür eintraten. In der vorangegangenen Einzelberatung war der deutschnationale Antrag, die Verwaltungsabgabe für die Tabaksteuerläger statt auf 1 Prozent nur auf ½ Prozent zu bemessen, angenommen worden. Die Novelle zur Zuckersteuer wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit der Wiedereinführung der Mineralwassersteuer, deren Ertrag den Gemeinden zufließen soll. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer bezeichnete die Besorgnisse als weit übertrieben. Der geringe Steuersatz werde niemand hindern, Mineralwasser zu trinken. Für die Gemeinden bedeute die Zuweisung aus dieser Steuer aber eine dringend notwendige Erleichterung. Schon jetzt sei durch die Ausschußbeschlüsse zur Tabaksteuer und auf Freilassung des Petroleums ein Ausfall von 27 Millionen an dem ursprünglich errechneten Gesamtertrag entstanden. Das Reich könne daher auf die Mineralwassersteuer nicht verzichten.

Nach längerer Aussprache wurde die Mineralwassersteuer vom Ausschuß mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann gab der Reichsfinanzminister den angekündigten

Ueberblick über die Kassenlage des Reiches.

Er stellte fest, daß dem ursprünglich für Ende März errechneten Fehlbetrag von 220 Millionen Deckungsmittel in Höhe von 267 Millionen gegenüberständen, sodaß Ende März noch ein Überschuß war. Für die Regulierung der bei den Banken aufgenommenen Kredite seien indessen neue Abmachungen getroffen worden. Die Finanzierungspläne hätten sich infolgedessen in wesentlichen Punkten geändert. Nach Neuaufstellung werde Ende Dezember ein Fehlbetrag von rund 70 Millionen vorhanden sei. Der Schwerpunkt der Bilanz liege im Monat Mai, in dem ein Fehlbetrag von 228 Millionen eintrete, zu dessen Deckung nur 125 Millionen Bestände aus dem April vorhanden sein würden. Es würden also etwa 100 Millionen fehlen. Außerdem werde nach den Vereinbarungen vom Dezember, wenn bis zum 10. April die notwendigen Einnahmequellen nicht erschlossen seien, der Restbetrag des Dezembertredits in Höhe von 300 Millionen kündbar. Verhandlungen über die Streichung der Kündigungsfrist seien im Gange. Für ihr Ergebnis werde die Bewilligung des Finanzprogramms von Bedeutung sein. Der Minister betonte zum Schluß, daß die Einnahmen aus den neuen Steuergesetzen spätestens anfangs Mai zu fließen beginnen, und zwar auf der Grundlage der Regierungsgrundlage. Der Ausschuß vertagte sich dann auf Mittwoch. Am Mittwoch soll die Beratung der Deckungsvorlage beendet werden.

Einigung über das Agrarprogramm

im Reichskabinett.

★ **Berlin**, 8. April. **(Funkspruch.)** Das Reichskabinett hielt am Dienstag nachmittag im Reichstag eine Sitzung ab, in der die Beratung des Agrarprogramms abgeschlossen wurde. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen zu einer völligen Einigung geführt.

Im Anschluß an die Kabinettssitzung wurden die Vertreter der hinter der Regierung stehenden Parteien empfangen, um über die Beschlüsse des Kabinetts informiert zu werden. Die Agrarvorlagen sollen als Initiativanträge der Regierungsparteien im Reichstage erledigt werden. Man rechnet damit, daß die Reichstagstagung bis Dienstag nächster Woche ausgedehnt werden wird. Ueber den Inhalt der Kabinettsbeschlüsse ist noch nichts bekannt.

Zum Tode der Königin Viktoria von Schweden.

Beileid der Evangelischen Landeskirche Badens.

Anläßlich des Heimgangs der Königin Viktoria von Schweden hat der Evangelische Oberkirchenrat dem König Gustav und der Großherzogin Hilda die herzliche Teilnahme der Evangelischen Landeskirche Badens ausgesprochen. Als Zeichen dieser Teilnahme läßt der Evangelische Oberkirchenrat einen Kranz an der Bahre der verstorbenen Königin auf ihrer letzten Fahrt durch Deutschland niederlegen.

Die Liquidierung des deutschen Eigentums.

Das Gesetz im französischen Senat verabschiedet.

T.U. **Paris**, 8. April. Der französische Senat setzte am Dienstag die Beratungen des Finanzgesetzes fort und behandelte u. a. auch das Gesetz über die Liquidierung des deutschen Eigentums. Der rechtsradikale Senator de La Haye sprach sich gegen die Verabschiedung des Gesetzes aus, weil es angeblich die französischen Interessen nicht wahre. Ein kurzer Wortwechsel entspann sich bei der Feststellung eines anderen Senators, daß das Gesetz im Augenblick der Beratung bereits am Dienstag vormittag im „Journal officiel" als verabschiedet erschienen sei. Der Senatspräsident stellte fest, daß das Gesetz tatsächlich veröffentlicht worden ist, bevor sich der Senat damit beschäftigt hat. Der Haushaltsminister äußerte sein Bedauern über diesen Irrtum, für den jedoch nicht das Finanzministerium, sondern das Auswärtige Amt verantwortlich zeichne. Nach kurzer Beratung wurde es sodann verabschiedet und erhielt somit Gültigkeit.

Der erste Schritt zur Versöhnung.

m. **Berlin**, 8. April. **(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)** Die thüringische Regierung hat den Kabinettswechsel im Reich und vor allem im Reichsministerium zum Anlaß genommen, um nun von sich aus den ersten Schritt zur Beilegung des Konfliktes mit dem Reich zu tun. Minister Baum, der Vorsitzende des Weimarer Kabinetts, will in den nächsten Tagen persönlich mit dem Kanzler und dem neuen Innenminister in Fühlung treten und versuchen, einen Ausgleich herbeizuführen. Seine Absicht kann nur begrüßt werden, weil es weder dem Ansehen des Landes Thüringen noch des Reiches dienlich ist, wenn derartige Konflikte unausgetragen und unerledigt bleiben. Bei dieser Gelegenheit wird sich wohl auch herausstellen, welcher Natur eigentlich die Beanstandungen Severings waren, die er äußerst geheim hielt, sodaß alle Welt annehmen mußte, in Thüringen gingen Dinge vor sich, die gegen den Bestand des Reiches gerichtet seien.

Der Sklarek-Ausschuß tagt:

Die Berliner Mißwirtschaft.

Die Gutskäufe der Stadt Berlin / Oberbürgermeister Böß wird vernommen.

★ **Berlin**, 8. April. **(Funkspruch.)** Der Untersuchungsausschuß des Landtages zur Prüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung begann am Dienstag mit der Zeugenvernehmung über die Gutskäufe der Stadt Berlin. Zuerst wurde der ehemalige Generalbevollmächtigte der Gewerkschaft Hildegard Steidel, vernommen. Er sagte, die Gewerkschaft habe von den Siemensschen Erben für etwa 5 Millionen Mark das Gut Biesdorf gekauft. Die Gewerkschaft habe zunächst nur eine Anzahlung von 200 000 Mark gemacht, die nicht Eigentum der Gewerkschaft, sondern sein persönliches Eigentum gewesen seien. Er sei Hauptteilhaber der Gewerkschaft gewesen.

Der Zeuge Steidel gab zu, daß die Gewerkschaft Hildegard von ihm nur zu dem Zweck gekauft worden sei, um unter diesem Namen das Gut Biesdorf kaufen zu können.

Er habe den Namen der Gewerkschaft mit 300 Mark bezahlt. Der Berichterstatter hielt ihm vor, daß er das Gut von den Siemensschen Erben für 5,3 Millionen erworben und kurz darauf an die Stadt für 6,5 Millionen weiterverkauft habe. Der Zeuge versicherte, er habe Unkosten in Höhe von einer Million gehabt. Der frühere Generalbevollmächtigte der Gewerkschaft, Waltking, habe allein an Provision 200 000 Mark erhalten. Er, Steidel, sei nur der Finanzier gewesen und von den anderen Beteiligten gerupft worden.

Der nächste Zeuge, Stadtrat Wutzky, konnte keine wesentlichen Bekundungen machen. Stadtrat Stimming vom Bezirksamt Lichtenberg, der mit den Ankaufsverhandlungen wegen Biesdorf sich befaßt hatte, erklärte als Zeuge, der Magistrat habe das Angebot von Waltking zweimal als zu teuer abgelehnt, weil er nicht die geforderte Mark je Quadratmeter anlegen wollte. Später habe Busch das Gut für 1,75 Mark je Quadratmeter erworben. Er sei der Ansicht, daß man das Gut zu diesem Zeitpunkt nicht billiger hätte bekommen können.

Der Syndikus Dr. Lehmann von der Berliner Stadtbank erklärte als Zeuge, er habe nicht den Eindruck, daß Steidel bei dem Geschäft gerupft worden sei. Steidel habe zwar immer etwas geklagt, aber das habe er — Lehmann — als eine Art von Verhandlungsmaxime angesehen. Auch die angeblichen hohen Unkosten Steidels hält Lehmann für unwahrscheinlich. Stadtkämmerer Dr. Lange sagte, er sei immer ein Gegner der Grundstücksgeschäfte des Stadtrats Busch gewesen und habe sich angesichts der gespannten Finanzlage der Stadt gegen eine Vorratspolitik gewandt. Auch Zeuge Obermagistratsrat Dr. Clemens bekundete, daß Stadtrat Busch bei den Grundstücksgeschäften immer sehr eigenmächtig gehandelt habe.

Als nächster Zeuge wurde

Oberbürgermeister Böß vernommen,

der jedoch über die Tatsache der Einschaltung der Gewerkschaft Hildegard nichts aussagen konnte. Den Preisunterschied zwischen dem Angebot der Siemens'schen Erben und dem späteren Vertragsabschluß mit der Gewerkschaft führte er auf die allgemeine Preissteigerung für in der Nähe Berlins gelegene Grundstücke zurück. Damals habe die Wochenendbewegung den Preisen einen starken Auftrieb gegeben, sodaß Preissteigerungen um mehrere hundert Prozent keine Seltenheit waren. Auch das Bezirksamt Lichtenberg habe zum Kauf gedrängt, weil im Osten Berlins zu wenig Siedlungsmöglichkeiten vorhanden waren. Auf die Frage, ob in Zusammenhang mit dem Kauf des Gutes Biesdorf irgendwelche Mittel für Zwecke der Berliner Festspielwoche abgezweigt worden seien, erwiderte Oberbürgermeister Böß er glaube mit Bestimmtheit sagen zu können, daß das nicht der Fall gewesen sei.

Nach der Aussage des Bürgermeisters Dr. Siggel vom Bezirksamt Lichtenberg wurde in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, den Zeugen Steidel vor seinen weiteren Aussagen zu vereidigen. Steidel ist der erste Zeuge, der vereidigt wurde. Er blieb auch jetzt dabei, daß er bei dem Biesdorfer Geschäft mehrere hunderttausend Mark verloren habe. Der Zeuge stellte entschieden in Abrede, von der Kaufabsicht der Stadt Berlin gehört zu haben. Andererseits gab er zu, die für den Kauf erforderlichen 4½ Millionen nicht besessen zu haben. Er habe die Kauffrist nicht einhalten können und infolgedessen statt der ursprünglichen 4½ Millionen etwa 5 Millionen zahlen müssen. Ein Beweis für seine Behauptung konnte der Zeuge nicht antreten.

Abg. Dr. Deerburg (Dtntl.) stellte fest, er habe den Eindruck, daß Steidel in Kenntnis der Kaufabsicht Berlins den Kaufvertrag getätigt, aber nicht erfüllt habe und sich erst bei der Stadt Berlin das Geld beschaffte, um die Siemensschen Erben bezahlen zu können.

Der Zeuge Waltking, der von Herrn v. Siemens den Auftrag erhalten haben will, das Gut Biesdorf zu verkaufen, erklärte, die Gewerkschaft Hildegard sei nur deshalb eingeschoben worden, weil von Siemens und Steidel nicht genannt sein wollten. Er gab zu,

an dem Geschäft insgesamt 360 000 Mark an Provisionen usw. verdient

zu haben. Stadtrat Busch habe er seit langer Zeit persönlich gekannt. Der Zeuge Steidel, der während der Vernehmung Waltkings im Saal geblieben war, gab auf Befragen noch zu, im Juli 1927 einen Offenbarungseid geleistet zu haben. Ein halbes Jahr später erhielt er von der Stadtbank einen Kredit von etwa 3½ Millionen Mark.

Der Zeuge Waltking wurde gleichfalls vereidigt. Am Mittwoch soll u. a. von Siemens vernommen werden.

Die Tagung der Deutschnationalen.

★ **Berlin**, 8. April. **(Funkspruch.)** Ueber die Tagung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei tagte am Dienstag in Berlin. Nach einem ausführlichen Bericht des Parteivorsitzenden Dr. Hugenberg und nach einer eingehenden Aussprache, in der auch der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, das Wort ergriff, billigte der Vorstand die Ausführungen und sprach der Führung einstimmig sein unbedingtes Vertrauen aus.

Ungetreuer Briefträger springt in die Spree.

★ **Berlin**, 8. April. **(Funkspruch.)** Wie die „B.Z." meldet, spielte sich am Dienstag vormittag an der Hansa-Brücke ein aufregender Vorgang ab. Ein Postbeamter kam, begleitet von zwei Herren, über die Brücke. Plötzlich rannte er an das Geländer und sprang in die Spree. Trotz sofortiger Hilfsmaßnahmen ist er ertrunken. Es handelt sich um einen Postschaffner, der seit langem im Verdacht stand, die ihm zur Bestellung übergebenen Briefschaften unterschlagen zu haben. Er wurde seit längerer Zeit beobachtet. Auch heute folgten ihm zwei Kriminalbeamte. Als sie sahen, daß er Briefe beseitigte, nahmen sie ihn fest. Auf dem Wege zum Bestellpostamt hat er dann Selbstmord begangen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Reichstagsberatungen am Dienstag:

Gaststättengesetz angenommen.

Wirtschaftspartei und Kommunisten stimmen dagegen.

* **Berlin**, 8. April. **(Funkspruch.)** Der **Präsident** eröffnete die Dienstag-Sitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung standen zunächst die Abstimmungen zur zweiten Lesung des Gaststättengesetzes.

Abgelehnt wurde zunächst der Antrag der Bayerischen Volkspartei, wonach die Feststellung der Richtlinien für die Bedürfnisprüfung bei der Erteilung von Schankstättenkonzessionen den Ländern überlassen werden soll. Ueber die Wiederherstellung der Relationsbestimmung wurde auch ablehnend entschieden. Abgelehnt wure auch der Antrag Kahl (DVP.) auf Streichung der Bestimmung, daß die Konzession nicht erteilt werden soll, wenn zu erwarten ist, daß der Antragsteller die Arbeiterschutzbestimmung nicht befolgen werde. Angenommen wurde mit den Stimmen der Linken und der Deutschnationalen ein Antrag Strathmann (Dnat.), wonach bei Schul- und Jugendfesten, an denen überwiegend Jugendliche beteiligt sind, ein vorübergehendes Bedürfnis für den Ausschank geistiger Getränke nicht anzuerkennen ist. Die durch Annahme dieses Antrages gestrichene Ausschußfassung besagte, daß das Bedürfnis „in der Regel" nicht anzuerkennen sei. Im Hammelsprung wurde mit 186 gegen 156 Stimmen ein Antrag Haag (Dnat.) angenommen, wonach der Ausschank von selbsterzeugtem Wein oder Apfelwein über die Höchstzeit von vier Monaten hinaus bis höchstens sechs Monate gestattet sein soll, wo dies bisher nach Landesrecht zulässig war.

Zum § 14, der die Polizeistunde einheitlich auf 1 Uhr festsetzt, wurden Streichungsanträge der Wirtschaftspartei abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der Bestimmung, daß bei Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse Ausnahmen durch die oberste Landesbehörde zugelassen werden können. § 14 wurde in der Ausschußfassung angenommen. Zum § 15, der ein Branntweinausschank- und Verkaufsverbot durch die Landesbehörden an Lohn- und Wahltagen zuläßt, wurde ein Antrag Bickes (DVP.) angenommen, wonach dieses Verbot keine Anwendung finden darf auf den Kleinhandel mit Trinkbranntwein in fest verschlossenen Flaschen von mindestens ¾ Liter Inhalt. Nach § 26 können durch Landesgesetz die Bestimmungen des Gaststättengesetzes ganz oder teilweise auch für den Kleinhandel mit Bier oder Wein angewandt werden. Hierzu wurde ein Antrag Hampe (Dtntl.) angenommen, der die Anwendung auf den Kleinhandel mit Wein ausschließt. Die Bestimmung, daß das Gesetz nicht Anwendung finden soll auf die Abgabe von Branntwein und branntweinhaltigen Zubereitungen zu Heilzwecken in Apotheken wurde auf Antrag Petzold (W.B.) gestrichen. Der Rest der Vorlage wurde mit einer geringfügigen Abänderung des § 24 in der Ausschußfassung in zweiter Beratung angenommen. Das Gesetz soll am 1. Juli in Kraft treten.

In der anschließenden

dritten Beratung

erklärte

Abg. D. **Mumm** (Christl. Nat. Arb.-Gem.), die amtlichen Untersuchungen über Schädigungen durch Alkohol müßten eingehender als bisher vorgenommen werden. In den Alkohol produzierenden Gegenden stünden die Ziffern der Roheitsdelikte über dem Reichsdurchschnitt.

Abg. **Sollmann** (Soz.) machte zur Abänderung des § 15 durch die Beschlüsse zweiter Lesung darauf aufmerksam, daß nunmehr die oberste Landesbehörde den Schnapsausschank an Lohn- und Wahltagen verbieten könne, daß aber doch die Abgabe von Trinkbranntwein in verschlossenen Flaschen nicht unter das Verbot falle. Dadurch werde das Gastwirtsgewerbe geschädigt. Der Redner beantragt, diesen Zusatz wieder zu streichen. Er stimmte im übrigen den Ausführungen des Vorredners über die Alkoholgefahren, deren Ernst leider im Volke noch nicht ganz erkannt werde, zu.

Abg. **Köster** (W.P.) wies gleichfalls auf die Gefahren des Alkoholmißbrauchs hin. Die wirkliche Trunksucht habe aber ihre Stätte nicht in der Gastwirtschaft, sondern im Winkelschank oder im Hause. Die vom Abg. Kahl bekämpfte Bestimmung über den Arbeiterschutz bedeute den häßlichen und durch nichts begründeten Vorwurf, daß die Gastwirte besonders unzuverlässig in der Einhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen seien. Gegen diesen Anwurf wehre sich das Gastwirtsgewerbe. Sollte diese Bestimmung aufrechterhalten bleiben, so sei für die Wirtschaftspartei das ganze Gesetz unannehmbar. Das Schnapsverbot für bestimmte Tage sollte überhaupt gestrichen werden. Mit der Bestimmung, daß Schnapsschulden nicht einklagbar seien, mache sich der Reichstag lächerlich. Diese Bestimmung würde auch eine glatte Verfassungsverletzung bedeuten.

Abg. **Sparrer** (Dem.) betonte, das Schnapsverbot an den Lohn- und Wahltagen sollte man nicht auf den ganzen Tag ausdehnen, sondern nur auf bestimmte Stunden beschränken.

Abg. **Bickes** (DVP.) meinte, es sei schädlich und durchaus falsch, das deutsche Volk als ein Volk von Säufern hinzustellen. Der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch sei Sache der Volkserziehung und nicht der Gesetzgebung.

Abg. **Hampe** (Dnat.) trat nochmals für den Antrag Kahl ein auf Streichung der Bestimmung über eine Konzessionsverweigerung bei Verdacht der Unzuverlässigkeit des Gastwirts, hinsichtlich der Arbeiterschutzbestimmungen.

Abg. **Schumann** (Komm.) verlangte Aenderungen zugunsten des Milchausschanks. Die Unzuverlässigkeit der Gastwirte bei der Einhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen sei durch amtliche Feststellungen nachgewiesen.

Abg. **Haag** (Dnat.) wandte sich gegen weitere Ausschankbeschränkungen für die Winzer.

Im Hammelsprung wurde der Antrag Kahl (DVP.) auf Streichung der Arbeitsschutzklausel bei der Konzessionserteilung mit 173 gegen 154 Stimmen auch in dritter Beratung abgelehnt. Abgelehnt wurde weiter ein Antrag der Wirtschaftspartei, der die Straußwirtschaften der Winzer nur in den Wintermonaten zulassen will. Zum § 15 wurde die Ausschußfassung wiederhergestellt. Die in der zweiten Beratung beschlossene Ausnahmebestimmung für den Kleinhandel an Schnapsverbotstagen ist also wieder gestrichen. Beim § 24 wurde ebenfalls die Ausschußfassung wiederhergestellt. Im übrigen wurde

das Gaststättengesetz in der Fassung der zweiten Beratung auch in der Schlußabstimmung der dritten Lesung gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten angenommen.

Es folgte die erste Beratung der Vorlagen zum vorläufigen Finanzausgleich zur Vorbereitung der vorläufigen Finanzreform.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

wies daraufhin, daß in der Vorlage zur Finanzreform die Regelung der Arbeitslosenversicherung noch nach der ursprünglichen vom Reichsrat angenommenen Regierungsvorlage enthalten sei. Diese Regelung finde aber nicht die Zustimmung der jetzigen Regierungsparteien. Die neue Regierung stimme aber der Kompromißregelung zu, die auf Grund eines Aenderungsantrages an Stelle der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Regelung der Arbeitslosenversicherung treten soll. Das ist gewiß eine außergewöhnliche Maßnahme, so schloß der Minister. Aber ich bin auch zu außergewöhnlichen Maßnahmen bereit um einer guten Sache willen. Im Ausschuß habe ich heute schon betont, daß die schnelle Verabschiedung der Deckungsvorlagen notwendig ist, wenn die Reichskasse nicht in große Schwierigkeiten geraten soll. Der Reichsrat hat die Pflicht, durch schnelle Verabschiedung der Vorlagen solchen Schwierigkeiten vorzubeugen.

Abg. Dr. **Wissell** (Soz.) erklärte, die neue Regierung betone bei jeder Gelegenheit ihren Führerwillen, sie spiele manchmal sogar mit dem Gedanken der Diktatur. Hier aber bringe sie eine Vorlage ein und warte gleichzeitig auf einen Antrag, der den Hauptteil dieser Vorlage verschlage. Sie lasse sich also von den Fraktionen führen. Derselbe Finanzminister, der aus der Regierung austreten wollte, wenn das Kabinett Müller die ursprüngliche Regelung der Arbeitslosenversicherung in einer Vorlage verlange, bringe jetzt dieselbe Vorlage ein, aber mit der Absicht, sie nicht zu vertreten. Mit den in der Finanzreformvorlage enthaltenen Bestimmungen über die Invalidenversicherung werde das früher gegebene feierliche Versprechen gebrochen. Die Kompromißregelung der jetzigen Regierungsparteien könne für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung gar keine andere Lösung finden, als den Leistungsabbau im Herbst. (Rufe rechts: Das ist auch notwendig.) Was wolle man denn noch abbauen? Die Rechte habe für die Not der Arbeiterschaft und die Arbeitslosen kein Verständnis. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. **Pfeffer** (D. Volksp.) bedauerte die Ausführungen des Abgeordneten Wissell. Diese Kampfesweise sei weder ritterlich noch sachlich. Bei solchen Gedankengängen sei keine Einigung mehr möglich. „Wir haben schon Milliarden für die Sozialpolitik ausgegeben. Für die Arbeitslosenversicherung, die Krisenfürsorge usw. im Jahre 1929 allein 560 Millionen. (Hört, hört rechts.) Die Wirtschaft kann die Steuern nicht mehr aufbringen. Man schafft geradezu künstlich Erwerbslose. Es gibt Bergleute, die weniger Einkommen haben als die Erwerbslosen im gleichen Bezirk."

Gegen sieben Uhr wurden die Verhandlungen auf Mittwoch drei Uhr vertagt.

Hoeschs Besuch bei Briand.

m. Berlin, 8. April. **(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)** Ueber die Unterredung, die der Botschafter von Hoesch mit dem französischen Außenminister Briand hatte, ist verhältnismäßig wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen. Man weiß nur, daß die sogenannten laufenden Angelegenheiten besprochen wurden, doch besteht Grund zu der Annahme, daß Herr von Hoesch und Herr Briand sich auch über die Rede Tardieus unterhalten haben, in der von der Absendung einer neuen Entwaffnungsnote die Rede war. Wir glauben, daß Herr Briand selbst einigermaßen ratlos war und nicht recht wußte, was er dem deutschen Botschafter auf dessen Frage nach der angedrohten Note antworten sollte. Jedenfalls ist bisher die Note selbst nicht überreicht worden. Es ist nicht einmal ein Schriftstück ausgehändigt worden, in dem der „freundschaftliche Rat" erteilt wird, die Abbruch- und Zerstörungsarbeiten zu beschleunigen. Herr Tardieu hat ja auch im „Journal" offiziell seine Senatsrede wesentlich anders wiedergeben lassen. Offenbar hat man in Paris Sehnsucht danach, möglichst rasch über die ganze Angelegenheit Gras wachsen zu lassen.

Die Haager Abkommen vom belgischen Senat ratifiziert.

TU. **Brüssel**, 8. April. Am Dienstag ratifizierte der belgische Senat die Haager Abkommen mit 109 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung.

Der Kronauer Mord vor dem Reichsgericht.

Bestätigtes Todesurteil im Prozeß Bindel.

Δ **Leipzig**, 8. April. Das Reichsgericht bestätigte heute durch Verwerfung der Revision das Todesurteil des Schwurgerichtes Karlsruhe vom 9. Januar ds. Js. gegen den 25jährigen Küfer Karl Bindel aus Kronau bei Bruchsal, der, wie erinnerlich, am Sylvesterabend 1928 seine 17jährige Geliebte Antonie Stassen ins Wasser gestoßen und sie ertränkt hatte. Bindel hatte dann vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis dahin abgelegt, daß er seine schwangere Geliebte getötet habe, um sie los zu werden, denn er habe befürchten müssen, daß sonst sein Verhältnis zu einer reichen Kaufmannstochter, die er zu ehelichen gedachte, in die Brüche gehen würde. Dieses Geständnis hat aber dann der Angeklagte in der Hauptsache widerrufen. Festgestellt konnte werden, daß außer der getöteten Stassen noch ein weiteres Mädchen von dem Angeklagten schwanger war, sowie, daß er am Sylvesterabend, also unmittelbar nach der Tat, an einer Sylvesterfeier teilnahm und dort ein Wesen zur Schau trug, als wäre nicht das Geringste vorgefallen.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Mittwoch, den 9. April.

Landestheater: Nachmittags: „Das Kätchen von Heilbronn", 3—½6 Uhr. Abends: „Der Waffenschmied", 8—½11 Uhr.
Kolosseum: Jupp Wilhelmts Lustige Bühne, 8 Uhr.
Badische Lichtspiele — Konzerthaus: Sprengbagger 1010, ½9 Uhr.
Hotel Rotes Haus: Tanzabend.
Kaffee Odeon: Gastspiel Erich Wolf und Otto Hopps u. a.
Kaffee Bauer: Großes Sonder-Konzert.
Künstlerhaus-Restaurant: Konzert.
Kaffee Grüner Baum: Tanz.
Kaffee Kabarett Roland: Neues Künstler-Programm.
Weinhaus Just: Konzert.
Rest. Elefanten: Konzert der Livlanier.
Union-Theater: Madame im Schlafwagen.
Residenz-Lichtspiele: Simba, der König der Tiere.
Atlantik-Lichtspiele: Fruchtbarkeit. — Die Fahrt ins Feuer.
Kammer-Lichtspiele: Die neuen Herren.
Gloria-Palast: Der Fleck auf der Ehr'.
Palast-Lichtspiele: Der Herzenspholograph.
Schauburg: The Singing Fool.

Erfrisch' den Mund halt' ihn gesund durch Orlizon MUNDWASSER-KUGELN BAYER

Nofretete.

Die Austauschverhandlungen zwischen Berlin und Kairo.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Königin Nofretete aus dem Berliner ägyptischen Museum und ihr Gemahl Amenophis sind nicht mit Unrecht zu populären Vorstellungen und Begriffen geworden. Daß sie so beliebt sind, hat mit der Angelegenheit Tutanchamons und einer „ägyptischen Mode" sehr wenig zu tun. Gewiß, der von Lord Carnarvon auferweckte Pharao ist unter verblüffenden Umständen ausgegraben worden, er hat die vielen blitzenden Reichtümer um sich, die goldenen Schmuckstücke, die verwirrenden kunstgewerblichen Dinge, den ganzen Pomp eines königlichen Grabes. Aber diese Ueberladenheit in Ausführung und Ornamentik, die Uebersättigung mit Gesteinen und Gold ist schon der Verfall einer niedergehenden Kunst. Wir können uns trösten: die wirkliche und große Kunst des klassischen Aegyptens beherbergt unser Berliner Museum. Und Amenophis und Nofretete sind ihre Zeugen.

Amenophis IV., eine der eindrucksvollsten Gestalten in der Reihe der ägyptischen Herrscher (1375 bis 1358 v. Chr.), bedeutete für eine kurze Zeit eine Wende im ägyptischen Geistesleben. Er kämpfte gegen die Vielgötterei, förderte den Monotheismus durch den Kult des einzigen Sonnengottes Aton und verlegte seine Residenz von Theben nach Tel-el-Amara, wo er von aller Götzenanbetung entfernt die neue Pflege des Sonnengottes betreiben wollte. Echnaton nannte er sich darum. Seine Gemahlin war Nofretete, und es ist ihre bunte Büste, von der wir uns jetzt, wenn nicht alles täuscht, trennen müssen. Ihr Porträt wurde in der Werkstatt des Thutmosis in Amara gefunden; er war ein großer Künstler und von dem vielen Wertvollen, was uns seine Werkstatt schenkte, ist der Kopf der Königin Nofretete vielleicht das Meister- und Musterwerk. Denn hier, in Amara entwickelte sich auch ein neuer eigener Kunststil, und darum trägt diese Epoche aus den Namen der Amenophis-Residenz: Amara-Zeit. Thutmosis, der die Königin bildete, zeigt sie als Herrscherin mit ihrer hohen blauen Krone auf dem Kopf; ein buntes Band über der Stirne trägt die Königinschlange. Die Haut ist gebräunt, die Lippen sind gerötet, das eine eingelegte gläserne Auge hat einen lebhaften dunklen Glanz und einen entsprechenden Blick; auch heute noch, nach Jahrtausenden, scheint dieser Kopf zu leben. Nicht mit Unrecht ist er so volkstümlich geworden, denn während wir mit der stilisierten ägyptischen Reliefkunst und den hieroglyphischen Zeichen wenig anzufangen wissen, ist dieser Kopf in einem edeln Naturalismus gebildet. Nun soll die Königin gehen, sie soll nach Kairo zurück, von wo sie kam. Warum müssen wir Abschied nehmen?

Kurz vor dem Kriege begann die Deutsche Orientgesellschaft, von dem Berliner Sammler und Mäzen James Simon großzügig unterstützt, ihre Ausgrabungen in Amara. Es war mit Aegypten vereinbart worden, daß die gefundenen Werke zu künstlerisch gleichen Werten zwischen Berlin und Kairo geteilt werden sollten. So kam Nofretete 1913 nach Berlin, wurde sie in Gemeinschaft mit Amenophis freundlich begrüßt und gewann Heimatrecht bei uns. Nach dem Kriege besann sich Kairo darauf, daß zu wenig von jener nach Amara genannten Kunst — auch als die Kunst des „Neuen Reiches" (1555 bis 712 v. Chr.) bezeichnet — in dem Besitz seines Museums sei, und streckte die Hand nach unserer Königin aus. Berlin weigerte sich, Kairo verhängte über Berlin die Ausgrabungssperre. Es wurde ein regelrechter Museumskrieg. Der soll nun beigelegt werden; und zwar handelt es sich bei diesem Friedensschluß um keine politische, höchstens um eine kunstpolitische Angelegenheit. Es soll getauscht werden, und Kairo will uns für Nofretete geben, was wir noch nicht haben: einige Zeugnisse von der Kunst des „Alten Reiches" (3200 bis 2475 v. Chr.) Wir geben Kairo, was das dortige Museum solange mit Schmerzen ersehnte: ein großes Kunstwerk aus jener Amarnazeit, von der Kairo wenig Zeugnisse hat. Und was erhalten wir? Zwei Werke. Zunächst ein Kunstwerk von internationalem Ruf und Rang, eine der beiden Ranofer-Statuen aus bemaltem Kalkstein, die in Sakkara gefunden wurden und aus der Zeit der 5. Dynastie (um 2500 v. Chr.) stammen. Die eine der Statuen zeigt Ranofer als Jüngeren, die andere als älteren Mann. Der junge trägt gescheiteltes Haar, der Aeltere eine Perücke. Die Körperhaltung ist bei beiden Werken die gleiche der Mann stellt ausschreitend den linken Fuß vor, die Arme hängen herab, er ist hier mit einem einfachen, dort mit einem verzierten Lendenschurz bekleidet, der fast bis auf die Knie reicht. Er ist ein herkulisch gebauter Mensch mit mächtigem Brustkasten. Das Gesicht ist ungemein charakteristisch, besonders das des Jüngeren mit seinen etwas starr blickenden Augen, den aufgeworfenen Lippen und der starken Nasenpartie. Bei dem älteren Modell scheint dieser Realismus etwas gemäßigt und ausgeglichen, das Gesicht ist scheinbar idealisiert, die physiognomischen Eigentümlichkeiten sind weniger betont, der Bildhauer hat weniger auf Ausdruck als auch „Schönheit" gearbeitet. Zudem gibt die Perücke dem Ganzen etwas Feierliches und Kühleres. Der jüngere Ranofer scheint uns näher und verwandter. Welche von diesen beiden lebensgroßen Statuen (Höhe 1,80 und 1,85 Meter) wir erhalten sollen, steht nach den vorliegenden Nachrichten noch nicht fest. — Dazu noch eine andere Gestalt. Jenen Amenophis nämlich, den man als Sohn des Hapu in der Kunstgeschichte kennt. Er hockt wie ein Buddha und seine Haltung erinnert an das berühmte Sitzbild eines Schreibers, das sich im Louvre befindet. Auch diese Plastik ist wichtig und hat ihren begründeten Ruf.

Wenn sich die Generaldirektion der Berliner Museen zu diesem Tausch entschließt, tut sie es wohl vor allem in der Erwägung, daß diese einzigartigen Kunstwerke nicht anders als im Tauschwege beschafft werden können. Wer bei diesem Handel der Gewinner ist, läßt sich schwer sagen, da es um Werke geht, die eigentlich gar keinen materiellen Wert haben, weil sie nicht gehandelt werden. Um die liebliche bunte Königin hat sich der Nimbus der Volkstümlichkeit gebildet. Wie das deutsche Volk die beiden rauhen Männer aufnehmen wird, bleibt abzuwarten. Daß sie eine Bereicherung der im ägyptischen Museum vorhandenen Stilarten bedeuten ist zweifellos.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft:

Der erste Kapellmeister des Freiburger Stadttheaters, H. Balzer, ist zum Generalmusikdirektor ernannt worden.

Der Baritonist der Freiburger Oper, Eugen Fuchs, ist nach einem erfolgreichen Anstellungsgastspiel als Beckmesser an die Staatsoper Berlin verpflichtet worden.

Die medizinische Fakultät der Universität Köln hat an zwei Mitglieder der medizinischen Fakultät der Universität Freiburg einen Ruf ergehen lassen, und zwar ist ausersehen für den Lehrstuhl der Inneren Medizin Professor Dr. Hans Eppinger, und für den Lehrstuhl für Augenheilkunde Professor Dr. Ernst Engelking.

An den Schweizer Kunsthistoriker Prof. Heinrich Wölfflin ist jetzt vom Preußischen Kultusministerium die Aufforderung ergangen, als Nachfolger von Adolf Goldschmidt den Berliner Lehrstuhl für Kunstgeschichte zu übernehmen. Wölfflin hat sich bereit erklärt, nach Berlin zu kommen, und will zunächst ein Semester in Berlin lesen.

Im Salzburger Festspielhause finden am 10. und 11. d. M. als letzte der diesjährigen vom Salzburger Konzertbüro veranstalteten Opernabende, zwei Fest-Aufführungen von Richard Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg" statt, für die eine Reihe namhafter Künstler gewonnen wurde. Den Stolzing singt in beiden Aufführungen Josef Witt vom Kölner Opernhaus. Den David wird Karl Jüstkötter vom Badischen Landestheater in Karlsruhe singen, der bekanntlich ab Herbst an die Berliner Staatsoper verpflichtet wurde.

Die viel umstrittene Oper von Kurt Weill „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny", deren Berliner Aufführung ursprünglich für das Theater am Schiffbauerdamm geplant war, ist jetzt von Max Reinhardt für das erworben worden. Voraussichtlich wird Reinhardt als eine seiner ersten Inszenierungen, die er auf Grund der Arbeitsgemeinschaft mit den Staatstheatern plant, das Werk an einem der Berliner Opernhäuser herausbringen. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, daß Reinhardt die Oper schon im Frühsommer am Deutschen Theater zur Feier seines 25jährigen Bühnenjubiläums inszenieren wird.

Mit dem Thema „Kulturfragen der Gegenwart und die Pädagogik Rudolf Steiners" findet in Stuttgart vom 12. bis 16. April die 8. öffentliche Erziehungstagung der Freien Waldorfschule statt.

Gegenwärtig ist eine umfangreiche und intensive Werbeaktion für die Schweizerische Volksbibliothek in allen Kantonen der Eidgenossenschaft im Gange. Diese Aktion erstreckt sich nicht nur auf die Gewinnung von einmaligen und jährlichen Beiträgen bei Behörden, Firmen usw. Die Werbung von Mitgliedern, sondern auch auf die Gewinnung von Eidg. Räte haben bekanntlich im Dezember v. J. der Stiftung bereits einen einmaligen Bundesbeitrag von 50 000 Schw. Fr. bewilligt. Der Kanton Bern wendet der Stiftung 3000 Schw. Fr. als offizielle Gabe zu, der Gemeinderat Bern stiftete 2 500 Schw. Fr. Eine Postkartenserie ist entworfen worden, die großen Anklang findet. Allein im Kanton Bern sind bis jetzt 20 000 Serien verkauft worden. Man hofft, in der ganzen deutschen Schweiz 100 000 Serien absetzen zu können.

Max Länger in München. Aus München wird uns berichtet: Das Werk Max Laugers, des bekannten Karlsruher Keramikers und Architekten, wird in einer umfassenden Schau der Münchner Neuen Sammlung gezeigt, die nahezu hundert plastische und keramische Arbeiten, daneben zahlreiche Entwürfe und Skizzen vereinigt. Gerade die keramischen Arbeiten des heute fünfundsechzigjährigen Künstlers vereinigen handwerkliche Meisterschaft mit einer sehr feinfühligen Empfindung für die rhythmische Form und die farbigen Raffinements der Glasur. Manch wertvolle Anregung dankt Länger den Ueberlieferungen der bäuerlichen Handwerkskultur. Mit seinen besten Arbeiten erscheint er als Plastiker von beträchtlicher Gestaltungskraft, der die Grenzen einer rein kunstgewerblich dekorativen Anschauung weit überschritten hat. Diese Ausstellung belegt nachdrücklich die vielfachen wertvollen Anregungen, die er als Lehrer der Karlsruher Kunstgewerbeschule und Technischen Hochschule der künstlerischen Jugend Deutschlands und seiner badischen Heimat vermittelte.

K. Pfister.

Kampf zwischen Regierung und Gemeinden

um Finanzgesetz und Lastenausgleich.

Der Protest der Städte.

Der Badische Städteverband hatte die Presse des Landes am Dienstag nachmittag zu einem Presse-Empfang in das ehemalige Bürklin'sche Palais in Karlsruhe geladen, um die Oeffentlichkeit über schwebende kommunale Tagesfragen und insbesondere über die von der Regierung beabsichtigte Aenderung des Finanzausgleichs zwischen dem Land und den Gemeinden zu unterrichten. Um es vorweg zu nehmen: Was in dieser zweistündigen Aussprache von den Vertretern der Städte, mittleren und kleinen Gemeinden ausgeführt wurde, war ein Protest gegen die Pläne der Badischen Regierung, den Staatshaushalt auf Kosten der Gemeinden ins Gleichgewicht zu bringen. In dieser Besprechung, der zahlreiche Bürgermeister aus dem Lande und Pressevertreter von Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Rastatt, Baden-Baden usw. anwohnten, wurden anhand von Beispielen die unheilvollen Auswirkungen des beabsichtigten Lastenausgleichs auf die Kommunen dargetan.

Namens des Badischen Städteverbandes richtete der

Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Finter

kurze Begrüßungsworte an die Erschienenen und hob besonders darauf ab, daß der Städteverband zum ersten Male die Presse zu sich gebeten habe, was die Außergewöhnlichkeit der Gründe zu einem solchen Schritt dartue. Anlaß hierzu sei die Sorge um die Gesundhaltung der kommunalen Finanzen und die Abwehrstellung gegen die Versuche einer Verschlechterung der gesamten Grundlage des Finanzgebahrens der Städte. Zu dem besonderen Fall der Landeshauptstadt Karlsruhe übergehend, führte Oberbürgermeister Dr. Finter unter anderem aus: „Wir haben im Jahre 1928 aus unserem Anteil an den Reichsüberweisungssteuern 4 518 000 RM. eingenommen. Nach dem von der Bad. Regierung geplanten Ausgleich würde der Anteil der Stadt Karlsruhe ohne Aenderung des Verteilungsschlüssels eine Senkung von 564 000 RM. erleiden. Dazu kommen Ausfälle aus Steuern, wie Umsatz-, Grunderwerbssteuer usw., in Höhe von etwa 238 000 RM., sodaß ein Gesamtrückgang an Einnahmen von über 800 000 RM. eintritt. Auf der anderen Seite steigen die Ausgaben. Gegenüber 1929 haben wir für das Jahr 1930 mit einer Steigerung der Fürsorgelasten von 400 000 RM. zu rechnen, ein Betrag, den wir überhaupt nicht tragen können. Die Bruttoausgaben der Stadt Karlsruhe für den Wohlfahrts-Etat waren im Jahre 1925 (letzte Regelung des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden) 4,3 Millionen Mark, für das Jahr 1930 7,6 Millionen RM. Im Jahre 1925 hatten wir täglich pro Kopf 11 750 RM. ausgegeben, im Jahre 1930 beläuft sich dieser Aufwand auf 20 810 RM. Diese gewaltigen Aenderungen in Einnahmen und Ausgaben bereiten die allergrößten Schwierigkeiten.

Wohl alle Städte in Baden müssen die Tarife für Wasser, Strom, Straßenbahnen und dergl., eine Reihe badischer Städte sogar die Umlage erhöhen.

Mitten in diese Situation hinein platzt nun das Begehren der badischen Regierung, den Gemeinden einen erheblichen Teil an den Reichsüberweisungssteuern wegzunehmen. Den Gemeinden sollen 5 350 000 RM. genommen werden, die der Staat zum Ausgleich seines eigenen Budgets verwenden will. Gegen dieses Prinzip müssen wir unter allen Umständen Front machen. Aber auch wirtschaftlich und finanziell ist diese Regelung unter gar keinen Umständen für die Gemeinden erträglich. Was der Staat uns auf der anderen Seite als „Geschenk" geben will, ist mehr als zweifelhafter Natur, und nicht geeignet, den Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer zu ersetzen.

Oberbürgermeister Dr. Finter ging dann auf die Ersatzsteuern ein und führte hierzu unter anderem aus: Das Recht, das Schulgeld zu Gunsten der Gemeinden zu erhöhen, haben wir heute schon. Diese Erhöhung wird sich zudem in den verschiedenen Gemeinden verschieden auswirken. Wir werden in Karlsruhe von diesem Recht Gebrauch machen; es gibt aber verschiedene kleine Städte, die keine Schulen haben und daher von dieser Einnahmequelle nichts haben werden. An der inneren Berechtigung der Mineralwassersteuer ist zu zweifeln. Zudem soll diese Steuer in einen Fond fließen, den der Minister des Innern nach seinem Ermessen an diejenigen Gemeinden verteilt, die er für würdig erachtet. Dieses Verfahren des Antichambrierens ist unwürdig und bedeutet einen Rückschritt in die Zeit, wo die größten Schreier das meiste Recht hatten. Das Recht der stärkeren Heranziehung der Gebäudesondersteuer zu dem allgemeinen Finanzbedarf ist ein zweischneidiges Schwert, da es die Einschränkung des Wohnungsbaues und damit die Arbeitsmöglichkeit bedeutet. Ebenso wie die Gebäudesondersteuer wird sich auch die Gewerbeertragssteuer der freien Berufe bei den verschiedenen Gemeinden verschieden auswirken. Gegen die Einwohnersteuer können die Städtevertreter nichts einwenden von dem Gesichtspunkte aus, daß sie zum Ausgleich der Finanzen unbedingt notwendig ist; doch darf man prinzipielle Bedenken gegen eine solche Besteuerung nicht außer Acht lassen.

Es kann keine Rede davon sein, daß wir diese Steuern lediglich als Ersatzsteuern bekommen, sondern wir müssen sie zusätzlich erhalten. Wenn die Wirtschaftslage sich bessert, werden wir durch die jetzige Aenderung aus dem Nutzen dieser Besserung ausgeschaltet. Wir müssen der Regierung den Vorwurf machen, daß sie als Inhaber der Gesetzgebung diese dazu benutzt, den Staatshaushalt zu sanieren, die Städte aber als leidtragende Objekte behandelt. In einer Notzeit wie heute muß der Staat außerordentliche Ausgaben auch mit außerordentlichen Mitteln decken und darf dies nicht aus laufenden Mitteln tun, die er den Gemeinden wegnimmt. Dr. Finter schloß mit einem Appell an die Presse, die Gemeinden in dem Kampfe gegen die Ungerechtigkeit und den Versuch, das Wirtschaftsleben der Gemeinden zu schädigen, zu unterstützen.

Namens des Badischen Städtebundes ergriff dann dessen Vorsitzender

Bürgermeister Renner-Rastatt

das Wort, der besonders auf die Verbundenheit von Finanz- und Wirtschaftspolitik hinwies. Auf Städte mit 15 000 Einwohnern, wie Rastatt, würden jährliche Reparationslasten in Höhe von 4—500 000 *RM* entfallen, ein Betrag in Höhe des gesamten Vorkriegsbudgets. Notwendig sei eine brutale Sparsamkeit, Verzicht auf neue Ausgaben und Verringerung der jetzigen. Bürgermeister Renner unterzog dann den Finanzvoranschlag der Regierung einer scharfen Kritik und bezeichnete besonders den in der Regierungsbegründung aufgestellten Vergleich zwischen den Ausgaben von Baden und Württemberg als nicht stichhaltig.

Das Finanzgesetz verstoße gegen volkswirtschaftliche Grundsätze.

Aus der ausgepumpten Wirtschaft könnten keine Millionenbeträge für außerordentliche Zwecke, Kanalisationen, Geländeerwerbungen usw. herausgepreßt werden. Die Methoden der Regierung müßten sich außerordentlich nachteilig für die bevorstehenden Gemeindewahlen auswirken, da Reich, Land und Gemeinden statt der versprochenen Steuersenkung nun mit Steuererhöhungen auf den Plan treten würden. Dies untergrabe das Vertrauen des Volkes zur Regierung.

Der Vertreter der größten badischen Stadt

Oberbürgermeister Dr. Heimerich-Mannheim

warnte besonders davor, die Bevölkerung in dem bisherigen Tempo weiter zu belasten. Es müsse jetzt unter allen Umständen eine Schranke gezogen werden. Es handele sich bei dem Finanzausgleich nicht um einen häuslichen Streit zwischen Staat und Gemeinden, sondern um eine Angelegenheit, die die badische Oeffentlichkeit in höchstem Maße interessieren müsse. Für Mannheim bedeuteten die neuen Steuern des Reiches und des Landes, sowie die städtischen Tarif-Erhöhungen eine Mehrbelastung von etwa 5 Millionen Mark. Der Redner leitete aus den riesigen Generalunkosten und den gesteigerten Aufwendungen, wie gerade in Baden, die Notwendigkeit der Reichsreform und des Verschwindens kleiner Staaten ab. Er kritisierte scharf das Verhalten der Regierung, die den Städten und Gemeinden keine Zeit lassen wollte, die Gesetzesvorlage durchzuarbeiten. Bei der Besprechung zwischen Staatspräsident und Städtevertretern habe es sich herausgestellt, daß die Vertreter der Landgemeinden nicht die geringste Kenntnis von den Beträgen hatten, die ihnen genommen werden sollten. Den Bestimmungen der Verfassung, die Gemeinden anzuhören, sei durchaus nicht Genüge geleistet worden.

Zweifellos habe die Absicht bestanden, die Finanzvorlage noch in dieser Woche durchzupeitschen und die Oeffentlichkeit nicht zu Worte kommen zu lassen.

Es sei als ein Erfolg zu buchen, daß der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags die Vertreter der Städte und Gemeinden für Donnerstag zu einer Besprechung eingeladen habe. Er sehe nicht ein, warum diese schwerwiegenden Fragen noch vor Ostern mit einer solchen Beschleunigung erledigt werden sollten. Dr. Heimerich ging dann auf die Mannheimer Verhältnisse und besonders auf die schwere Belastung durch die Fürsorgeverpflichtungen ein und wies auf den zweifelhaften Eingang und die Unsicherheit der sogenannten Ersatzsteuern hin.

Stadtrechtsrat Dr. Ketterer vom Badischen Städteverband

führte etwa folgendes aus:

Wenn man das Finanzgesetz und den Voranschlag für 1930 und 1931 aufmerksam betrachtet, fällt zunächst auf, daß das Land trotz seiner hohen Lasten in der Lage sei, ordentliche Mehreinnahmen von jährlich 4,7 Millionen zu erzielen, die zur Deckung außerordentlicher Mehrausgaben Verwendung finden können. Eine nähere Untersuchung, wie dieses Ergebnis trotz des großen staatlichen Behördenapparates, der Aufwendungen für 3 Hochschulen und der starken Volksschullasten möglich ist, bestätigt die Richtigkeit der von den Städten schon seit Jahren immer vertretenen Auffassung, daß

der Staat seinen Haushalt auf Kosten der Gemeinden ausgleicht,

die nach verschiedenen Richtungen wesentlich schlechter gestellt sind als die Städte anderer Länder.

Der Versuch, die Anteile der badischen Gemeinden an den Reichsüberweisungssteuern noch weiter zu kürzen, als dies durch das Gesetz vom Jahre 1925 bereits geschehen ist, hat keinen Vorgang bei den übrigen Ländern des Reiches. In keinem anderen Land hat man angesichts der allgemeinen kommunalen Finanznot gewagt, den Gemeinden von ihren ohnehin unzulänglichen Steuereinnahmen auch noch einen Teil wegzunehmen. Die Absicht des badischen Staates muß umso lebhafterem Widerstande begegnen, als die badischen Städte bei der Verteilung der Reichssteuern schon nach der gegenwärtigen Regelung schlechter fahren als die Städte anderer Länder. Im Reichsdurchschnitt erhalten die Gemeinden von den Ueberweisungssteuern 48%, in Preußen sogar 51%. Die badischen Gemeinden erhalten dagegen nur 35,7% des Gesamtlandesanteiles. Die badischen Städte sind aber auch durch den interkommunalen Ausgleich zu Gunsten der kleineren Gemeinden benachteiligt. Bei einer Verteilung nach dem Aufkommen hätte Mannheim im Jahre 1928 10,2 Millionen erhalten, während dieser Stadt lediglich 9,1 Millionen zufielen.

Auf dem

Gebiet der Realsteuern

sind die badischen Gemeinden gegenüber denen anderer Länder dadurch im Nachteile, daß der Staat diese Steuerquelle stärker ausschöpft, als dies andere Länder tun. Da die Gesamtbesteuerung des Grundbesitzes und des Gewerbes in einem Lande die Belastung eines anderen Landes nicht wesentlich übersteigen kann, sind die Städte durch die stärkere Vorbelastung in dieser Einnahmemöglichkeit durch die starke Vorbelastung des Landes wesentlich eingeschränkt. An Grund- und Gebäudesteuer haben im

Erleichtern Sie sich den Frühjahrsputz durch Vim

Alles ist bereit: Teppiche aufgerollt, Bilder von der Wand, Schränke geleert, Bettstellen auseinandergenommen. Das große Reinemachen kann beginnen: Erleichtern Sie sich die Arbeit durch Vim!

Für den Hausputz brauchen Sie ein besonders kräftiges Putzmittel. Das seifenhaltige Vim reinigt Fußböden, Treppen, Schränke, Türen und Wände rasch und gründlich. Vim ist ein feinkörniges Pulver, das nicht kratzt und Ihre Hände nicht angreift. Es enthält reichlich schmutzlösende Bestandteile, und dazu ist es so ausgiebig und sparsam: Ein wenig Vim auf feuchtem Lappen schafft mühelos erstaunlich viel!

VIM

PUTZT ALLES

NORMALDOSE 30 PFG. DOPPELDOSE 50 PFG.

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G., MANNHEIM-BERLIN

NT-50

Jahre 1926 auf den Einwohner erhoben: Preußen 6,4 Mark, Bayern 7,8 Mark, Baden dagegen 11,3 Mark. Die Gewerbesteuer ist in Preußen den Gemeinden ganz überlassen. Baden beansprucht nach dem Voranschlag für 1930 dagegen aus dem Betriebsvermögen und Gewerbeertrag 13,8 Millionen, was eine Kopfbelastung im Landesdurchschnitt von etwa 15 Mark ergibt. Schon seit Jahren führen die Städte einen

Kampf um die Kraftfahrzeugsteuer,

deren Erträgnis nach dem Sinn der Reichsgesetzgebung allen Wegeunterhaltungspflichtigen zukommen soll. Der badische Staat behält jedoch den Landesanteil an dieser Steuer ganz für sich, im Gegensatz zu nahezu allen anderen Ländern, die an dem Steuerertrāgnis auch ihre Gemeinden beteiligen. Das Verhalten des Staates entspringt der klaren Absicht, sich höhere Einnahmen an den qualitativ besseren, sicher fließenden und die Möglichkeit einer Steigerung in sich schließenden Steuern zu sichern, während er

die Gemeinden auf weniger gute und vor allem mit mehr Verwaltungsarbeit verbundene Steuern verweist.

Die Kraftfahrzeugsteuer brachte dem Etat im Jahre 1926 3,58 Millionen, 1928 6,2 Millionen, für 1930 sind 8,6 Millionen vorgesehen. Nachdem der Städteverband der Regierung nachgewiesen hatte, daß das Steuererträgnis in den letzten Jahren vom Staat für die ordentliche Straßen- und Brückenunterhaltung nicht voll benötigt werde.

Besonders offensichtlich wirkt sich die ungerechte Einnahmen- und Ausgabenverteilung zwischen dem Lande und den Gemeinden vor allem aber auch auf dem

Gebiete der sozialen Fürsorge

aus. Man vergegenwärtige sich, welche ungeheure Mehrbelastung den Städten dadurch entstanden ist, daß die Fürsorgeausgaben der 16 verbandsfreien Städte des Landes von 4 Millionen (im Jahre 1913) auf 33 Millionen (im Jahre 1929), also um über das Achtfache gestiegen sind. Allein vom Jahre 1926 bis heute sind die Fürsorgelasten um 5½ Millionen weiter gestiegen.

Das außerordentliche Anschwellen der Fürsorgelasten in den letzten Jahren ist in erster Linie auf die wachsende Zahl der sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen zurückzuführen, d. h. der arbeitslosen Personen, welche von der Arbeitslosenversicherung noch nicht oder als Ausgesteuerte nicht mehr unterstützt werden. Welche drückende Last diese Fürsorgeaufwendungen für die Städte bedeuten, kann man sich am besten vor Augen führen, wenn man berücksichtigt, daß die gesamten Anteile der Städte an den Reichsüberweisungssteuern nicht ausreichen, um die Fürsorgeausgaben zu decken. In einer Stadt wie Pforzheim übersteigen die Fürsorgelasten den Anteil an den Reichssteuern sogar um 60 Prozent, die Realsteuern sogar um 68 Prozent. Einer ähnlich zunehmenden Mehrbelastung hat sich dagegen das Land kurzerhand entzogen. Es war früher verpflichtet, den Gemeinden ein Drittel ihres Aufwandes für die gehobene Fürsorge zu ersetzen. Als dieser Aufwand mit der allgemeinen Not stieg, setzte das Land zunächst seinen Anteil auf ein Viertel herunter und begrenzte ihn schließlich auf die feste Summe von 6 Millionen. Wenn man sich diese konkreten, zahlenmäßig belegten Einzelvorgänge des badischen Finanzausgleiches zwischen dem Lande und den Gemeinden vor Augen hält, muß man sich wirklich fragen,

wie eine Regierung und ein Landtag es verantworten können, die restliche Finanzdecke der Gemeinden weiter zu beschneiden.

Die den Städten verbliebenen Mittel reichen heute in den meisten Städten nicht mehr aus, um nur die gesetzlich gebotenen Pflichtaufgaben zu erfüllen. Jede weitere Kürzung der Einnahmen führt zu Tarif- und Umlageerhöhungen, wodurch die Wirtschaftslage weiter verschlechtert wird.

Als letzter Städtevertreter machte

Oberbürgermeister Dr. Meister-Bruchsal

Ausführungen besonders über die Sozialbelastung der Stadt Bruchsal, deren Fürsorgelasten im Jahre 1929 auf 578 000 Mark bei einem Umlageertrag von 600 000 Mark angestiegen seien. Die Pläne der Regierung führten zu einer völligen Zerrüttung der Finanzverhältnisse einer Stadt. Für Bruchsal werde eine Umlageerhöhung von 12 Pfennig nötig.

Namens der Presse stellt Stadtrat Dr. Pfeffer-Heidelberg Dank in Aussicht, daß die Presse in diesem Kampfe an der Seite der Städte stehen würde, während Oberbürgermeister Dr. Finter-Karlsruhe die Besprechung mit einem Dankeswort schloß.

Finanzminister Dr. Schmitt über den Protest

Zu Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses am Dienstag vormittag berichtete

Finanzminister Dr. Schmitt

über seine Aussprache mit den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern der Städte und den Vertretern der Kreise, durch die dem Anhörungsrecht nach § 20 der Badischen Verfassung Rechnung getragen werden sollte. Die Vertreter der Gemeinden hätten verschiedene Einwände gemacht. Zunächst sei darüber Beschwerde geführt worden, daß nicht genügend Zeit zur Vorbereitung der Finanzpläne der Regierung seitens der Gemeinden vorhanden gewesen sei. Die Aussprache hätte zwar 1½ Stunden gedauert und so viel Einwände gebracht, daß auch in vier Wochen nicht mehr hätten gemacht werden können. Die Gemeindevertreter seien dauernd auf dem laufenden gehalten worden, was auch die Eingabe der Städte vom 5. März beweise, in der bereits gegen die Kürzung des Anteiles der Gemeinden in den Reichssteuerüberweisungen Stellung genommen worden sei. Der zweite Einwand der Gemeinden besage, daß diesen durch die Finanzmaßnahmen des Landes mehr entzogen als neu gegeben würde. Die Städte hätten auch den Wunsch, die Gebäudesondersteuer noch stärker für den allgemeinen Finanzbedarf heranzuziehen; dem soll entsprochen werden, was

den Gemeinden eine Mehreinnahme von 390 000 bis 400 000 Mark aus der Gebäudesondersteuer

für den allgemeinen Finanzbedarf bringen werde.

Der dritte Einwand habe in einer grundsätzlichen Ablehnung der Kürzung der Steuerüberweisungen bestanden. Außerdem würden die Gemeindevertreter den Standpunkt vertreten, daß die Reichssteuerüberweisungen in den badischen Staatsvoranschlag zu niedrig eingesetzt seien, da das Reich ja die Höhe der Reichssteuerüberweisungen an die Länder garantiere. Dieser Einwand sei aber unrichtig, da das Reich zwar die Gesamtsumme der Ueberweisungen garantiere, nicht aber den Anteil der einzelnen Länder Für Baden sei aber zu befürchten, daß dieser zurückgehen werde, da der Lohnsteueranteil sinke und die beabsichtigte Erhöhung des Existenzminimums bei der Einkommensteuer für Baden besonders nachteilig sein wird, da ein besonders großer Teil der badischen Bevölkerung zu den niedrigen Einkommensteuerzahlern gehöre.

Als vierter Punkt hätten

die Gemeinden vom Staat mehr Sparsamkeit verlangt.

Ein Oberbürgermeister hätte die Kürzung des Personalaufwandes verlangt. Er habe nichts gesagt, die Antwort werde im Landtag erfolgen. Die Städte hätten ihre Beamten höher als der Staat eingestuft. Weiter hätten die Städte verlangt, auch beim sachlichen Aufwand zu sparen. Das hätte sich z. B. auf die Wegebauten in der Forstwirtschaft und auf die Ausgaben bei den Heil- und Pflegeanstalten bezogen.

Der fünfte und der Hauptpunkt der Einwendungen der Gemeinden sei die Forderung,

den außerordentlichen Etat auf Anleihen zu übernehmen.

Das sei aber unmöglich, da das Land Baden dauernd außerordentliche Ausgaben in den jetzt vorhandenen Höhen habe. Der Finanzminister sei entschieden dagegen. Außerdem könne man zur Zeit keine Anleihen aufnehmen. Wir hätten noch 40 Millionen Mark schwebende Schulden, die zunächst einmal fest verankert werden müßten. Die Anleihewirtschaft führe zur hohen Zinsenlast. Wir hätten schon jetzt 8 Millionen toter Zinsen. Deshalb sei auch das Defizit so groß. Der richtige Weg sei, zunächst dafür zu sorgen, daß kein Defizit entstehe, um auf der Grundlage der Beseitigung des Defizits zur Tilgung der schwebenden Schuld zu kommen und damit den Zustand zu beseitigen, daß der Staat durch seinen kurzfristigen Geldbedarf der Wirtschaft das notwendige Geld entziehe.

Es sei unmöglich, weitere Schulden zu machen;

wenn man das tun würde, könnte man, wie in Berlin, schon im voraus den Tag berechnen, an dem die Staatskasse nicht mehr bezahlen könnte. Ein weiterer Einwand der Gemeinden sei der gewesen, daß der Staat den Gemeinden die Steuern nehmen würde, die von Natur aus wachsen. Das gehe aber dem Lande bei der Lohnsteuer genau so. Weiter würden sich die Gemeinden darüber beklagen, daß die Einwohnersteuer die Arbeit vermehren würde. Bei der Einwohnersteuer würden aber die Gemeinden 4 Prozent Erhebungskosten bekommen, das sei also kein Grund. Schließlich hätten sich die Kreise darüber beschwert, daß sie mehr an Einnahmen genommen, als sie neu erhalten werden. Dazu sei zu bemerken, daß bei der Uebernahme der Kreisstraßen die Kreise bisher zwei Drittel der Instandsetzungskosten bezahlen mußten, während in Zukunft sie nur noch mit einem Drittel herangezogen würden.

Ein volksparteilicher Redner beschwerte sich nach diesen Ausführungen des Finanzministers über die Art der Beratung dieser wichtigen Finanzvorlagen mit den Städten und dem Landtag. Es sei bisher üblich gewesen, die Städte nach Fertigstellung des Referentenentwurfes im Ministerium und vor der Beschlußfassung im Staatsministerium zu hören. Das sei jetzt nicht befolgt worden und deshalb würde die Zeit zur gründlichen Beratung den Städten nicht gegeben sein.

Ein Zentrumsredner bemerkte hierzu, es sei notwendig, nachdem die Städte einzeln Vorschläge für den Staatsvoranschlag gemacht hätten, daß

die Städte ihre Gemeindevoranschläge dem Landtag vorlegen

würden, damit dieser nachsehen könne, wo bei den Städten gespart würde.

Ergänzend bemerkte der Finanzminister zu seinen Ausführungen über die Verhandlungen mit den Städten, diese wünschten, daß die Einnahmen aus der Mineralwassersteuer nicht in den Ausgleichsstock fließen würden, sondern direkt verteilt werden sollten.

In einer sachlichen Aussprache über diese Ausführungen des Finanzministers trat der Haushaltsausschuß nicht ein, sondern erledigte eine Reihe von Gesuchen, die zum Titel Wasser- und Straßenbau eingegangen waren. Der Finanzminister teilte mit, daß die Städte den Wunsch hätten, daß der Haushaltsausschuß ihm eine Gelegenheit über die Aussprache der Finanzpläne gebe. Dieser Antrag wurde von volksparteilicher Seite aus unterstützt und fand schließlich Zustimmung in der Weise, daß den

Vertretern der Gemeinden Gelegenheit gegeben werden soll, den Mitgliedern des Haushaltsausschusses ihre Wünsche vorzutragen.

Zum Schlusse wurde noch über die geschäftsordnungsgemäße weitere Behandlung der Finanzvorlage der Regierung verhandelt, da die Vertreter der Liberalen Arbeitsgemeinschaft verlangt hatten, daß diese solange verschoben werde, bis eine ausreichende Vorberatung in den Fraktionen und mit den Personen und den Verwaltungskreisen, die es angeht, durchgeführt sei. Der Finanzminister wandte sich dann noch sehr scharf gegen einige Forderungen der Eingabe des Industrie- und Handelstages.

Auch Industrie- und Handelstag protestiert

Ein Telegramm an den Haushaltsausschuß.

± **Mannheim**, 8. April. Der Badische Industrie- und Handelstag, der am Montag in Mannheim seine Beratungen abhielt, beschäftigte sich eingehend mit dem neuen badischen Finanzgesetz, das zum Ausgleich des Voranschlages für 1930/31 dienen soll. An den Haushaltsausschuß des Landtags wurde folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Badische Industrie- und Handelstag protestiert nachdrücklichst gegen die überstürzte Verabschiedung der Steuervorlage, bevor die Reichssteuern und damit die Ueberweisungshöhe der Länderanteile feststeht und bevor durch die eingesetzte Sparkommission Vorschläge erstattet worden sind. Der Entwurf der badischen Regierung belastet die badische Wirtschaft nicht nur durch Erhöhung der Steuern aufgrund vom Betriebsvermögen, sondern zwingt auch die größeren Gemeinden zur Erhöhung ihrer Umlage, weil der vom Finanzminister behauptete Ausgleich tatsächlich nicht möglich ist. Die katastrophale Wirtschaftslage Badens verbietet jedoch weitere Lastensteigerung. Dieselbe ist vermeidbar durch weitere Verschärfung und Uebernahme von Ausgaben des außerordentlichen Etats auf dem Anleihewege."

Politische Schlägerei.

= **Pforzheim**, 8. April. Gestern nachmittag kam es in der Mittelstadt zu einer schweren politischen Schlägerei. Am hellen Tage gegen 5 Uhr, wurde der frühere Kommunist Wilh. Hahner von ehemaligen Parteigenossen derart verprügelt, daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte. — Bei der vor einigen Wochen stattgefundenen Schießerei vor dem „Pfälzer Hof" zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gab Hahner bei seiner Vernehmung an, daß ein Kommunist geschossen habe. Es ist anzunehmen, daß die Tat aus Rache für diesen „Verrat" geschah.

Heimstättenfürsorge!

Unsere bisherige Landesberatungsstelle in Stuttgart, Schloßstraße 31 (Leiter: Volkswirt Eugen Eyrich) ist aufgehoben. Herr Eyrich ist für uns nicht mehr tätig.

Bis auf weiteres sind Zuschriften, Anträge etc. an unsere Zentralauskunftsstelle für Süddeutschland, **Firma Baumeister & Hoffmann in Nürnberg, Bulmannstr. 55,** zu senden. (N2181)

Für die Bezirke Württemberg und Baden suchen wir je einen Landesvertreter zur Uebernahme einer Landesberatungsstelle sowie andere tüchtige Mitarbeiter. Bewerbungen sind an die Firma Baumeister & Hoffmann in Nürnberg, Bulmannstraße 55 zu richten.

„Heimstättenfürsorge"
der Deutschen Creditgenossenschaft.
Direktion und Hauptverwaltung
Berlin SW. 48, Friedrichstr. 11.

Schweizer Mustermesse
Basel 26. April – 6. Mai 1930
25% Fahrpreisermäßigung auf der Deutschen Reichsbahn
Auskünfte und Messeausweise
durch die Schweizer-Konsulate und die Messedirektion in Basel

Reparatur-Werkstatt für

„Framo" D.K.W. Lieferdreirad
mit o. ohne Kasten **1480 Mk.** Anzahlung **450 Mk.**
Vertreter: **Werner,** Schützenstr. 59.

Pianos
Ibach
Steinway
Schiedmayer
Uebel & Lechleiter
Gebr. Zimmermann

Nützen Sie die Vorteile meines **Miet-Kauf**-systems
H. Maurer Kaiserstr. 176 Ecke Hirschstr.

Erfinder Das Buch: „Was muß noch erfunden werden?" wird gratis versandt. Folkmar, Berlin-Wilm., Wilhelmsaue 7

Geigen Celli
(Schüler-, Orchester- u. Künstlerinstrumente)
Etuis, Bögen etc.
in allen Preislagen sehr vorteilhaft bei 10265
E. Wahl
Kreuzstraße 9
Ecke Kaiserstraße
eine Treppe
Telefon 1223
ff. Reparaturen.

Schneider
Wer fertigt Anzug auf Ostern mit selbstgeliefert. Stoff? Off. u. F.W.6715 an Bad. Presse Fil. Werderpl.

Druckarbeiten
werden rasch u. preiswert angefertigt in der Druck. F. Thiergarten (Badische Presse).

Verloren

Kl. Päckchen m. versch.
Schleiern verloren
Helmholtzstr. 9, part.

Verloren auf dem Klosterweg letzten Mittwoch graue Ledertasche m. Inhalt. Abzg. Kaiserstr. 174, Spitzengeschäft. (B480)

Herren-Regenschirm
Samstag, 5. Apr., abds. geg. 7 U. b. Einsteig. an d. Geibelstr. in d. Elektr., Lin. 1 o. Umsteig. an d. Post, Richt. Bahnhof, von armen, alten Mann verloren gegangen oder in der Elektr. stehen geblieb. Ehrl. Find. wird um Zurückgabe geg. Bel. gebet., im Fundbüro. (B472)

Achenbach-Garagen
aus Wellblech, Stahl oder Beton

Schuppen jeder Art
Fahrradständer
zerlegbar, feuersicher
billige Bauweise.
Ang. in Prospekt kostenl.
Gebr. Achenbach
G. m. b. H.
Eisen- u. Wellblechwerke
Weidenau/Sieg
Postf. Nr. 168
Vertreter:
Eduard Mahlmann
Karlsruhe, Draisstr. 9
Telefon 4224.

Tiermarkt

Harzer Roller
Ia Sänger, zu kaufen gesucht. Preisoffert. u. F.H.2242 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Zu verkaufen

Schlafzimmer
nur ganz kurze Zeit gebraucht, so gut wie ganz neu, mit 3tür. Spiegelschrank, mod. Form, echt eich. gew., weißer Marmor, 2 Stühle u. Handtuchhalter, f. den billigen Preis von 480.— M abzugeben.
Ferner:
1 2tür. Kleiderschrank, 25 M, 1 Vertiko 36 M, 1 Trumeau 30 M, 1 Tisch 12 M, 1 Regulateur 12 M, 4 Rohrstühle 4 M, 1 Küchentisch m. Linoleum 10 M.
Epple-Möbel,
Steinstraße 6. (B473)

Kompl. Schlafzimmer u. Küche, gut erhalt., zu verk. weg. Wegzug. Anzuseh. zw. 11—1 u. 4—6 Uhr. (B468) Waldhornstr. 6, 3. St.

Verkaufe:
Kompl. Fremdenzimmer 180.—
Plüschdiwan 45.—
4 pol. Stühle 25.—
ov. Tisch m. Decke 25.—
Eichenrahmen 8.—
Seidenlampe 8.—
Kaufe:
Liegestuhl, Ton-Balkonkästen. Ang. u. F. H. 2222 a. Bad. Pr. Fil. Hauptp.

Versch. Regale, Ladentheken, Schreibtische, Dipl.-Schreibtisch mit Rolladen, Schreibtischstühle, Aktenschrk. bill. abzug. b. Walter, Ludwig-Wilhelmstr. 5. (B406)

Weg. Fortzug 2 gr., einf. Spiegel, Schrank, Matratzen, Hausrat. Kaiser-Allee 12, Jugendheim. (FH2235)

Gut erhalt., weißer **Emailherd** mit Nickelschiff, billig zu verkf. Ludwig Wilhelmstr. 8, III. (B447

Weiß. Gasherd mit Tisch 15 Mark. Stnd, Adlerstr. 9, pt. (FH2236)

1 weiß. Gasherd
m. Backofen, 1 weiß. **Kohlenherd, 3 elektr. Lampen,** 1 2rädr., kl. **Handwagen** bill. z. verk. **Bäuerle,** Westendstr. 31, Hof. (B464)

Linoleum (Ersatz)
Reste, Zimmerbelag, Teppiche, Waschkomm. m. Marm. u. Spiegelaufs., pol. 60 M, gut erh. **Nähmaschine** 15 M, hochf., schwarz. **Wohnzimmer** enorm billig zu verkaufen. FW6718 Friedenstraße 20, Hof.

Piano
eiche, dunkel, fast neu, m. voll. Gar. bill. abz. Pianohaus **Ph. Hottenstein Sohn,** Sofienstr. 8. (9578)

PIANO
kaum überspielt, bereits neu, zu dem staunend billig. Preis von Mark 680.— zu verkaufen. (B475)
Stöhr, Pianofabr.
Ritterstraße 30.

Kaufen Sie ein
STÖHR-PIANO
Das Instrument für Generationen. Tatsachen beweis. Höchste Auszeichnungen auf allen beschickten Ausstellungen (B476) **Große gold. Medaille, Frankfurt. Feinste Referenzen.** Direkter Verkauf an Private in d. Fabrik.
Christ. Stöhr, Pianofabrik,
Karlsruhe,
Ritterstraße Nr. 30.

Piano
fast neu, um den halb. Preis zu verkaufen. Angebote unt. T6573a an die Badische Presse.

Grammophon
Schrankapparat, fabrikneu, umständeh. sehr billig zu verkf. (9858) Marienstraße 32.

Für
KINOS
billig zu verkaufen oder gegen **Motorrad zu vertausch. 1 Spiegellampe, 1 Transformator, Leinwand, 3/4 m, Filmkasten u. sonst verschiedenes.** Offert. u. Nr. T6590a an die Bad. Presse.

Versch. Geweihe
zu verkf. an Liebhaber oder Wirte. (B454) Kastenwörthstraße 42, Darlanden.

Nähmaschine
gut näh., 40 M, **Kleiderbüste** 5 M, zu vk. (B449 Zähringerstr. 80, III.

Studebaker, Director,
Innensteuerlimousine, spottbill. abzugeben b. **Ludwig Maier,** Weingarten i. Bad., Jöhlingerstr. 25. (B462

Billig zu verkaufen:
Klein-Garage
Eisenblech, wie neu, f. Hanom., Dixi, BMW od. Motorrad m. Seitenwag. Schützenstr. 59 (10333)

Klappsportwagen
evt. Kinderbett, Kinderklappstuhl zu verkf. Lachnerstraße 18, I., r. (10267)

Weiß., mod. **Kinderwagen,** a. als Sportwagen zu gebr., f. 20 M zu verkf. Schmidt, Brahmsstr. 4, p. FH2231

Mod., fast neuer **Kinderwagen** preisw. zu verkf. bei Streubühr, Blücherst. 24 (B459)

Herren- u. Damenrad wie neu, 40 u. 65 M zu verkaufen. (10334) Schützenstr. 59. Werner

Noch bereits neues, wen. gebr. Damenrad zu verkauf. (FW6719) Luisenstr. 56, Hth., II

Herrenrad 30 M, **Damenrad,** w. neu, z. vkf. **Irion,** Schützenstr. 40. (FW6716)

10 wenig gebrauchte **Hochzeit-Anzüge**
10 kaum gebrauchte **Smoking-, Frack-** u. Cutaway-Anzüge zu jed. annehmb. Preis Zähringerstr. 53a, II.

Dunkl. Anzug
sehr gut erh., pr. Stoff, Maßarbeit, 35 M, für mit I. Figur abzugeb. Vorkstr. 37, part., lks. (FH2232)

Schaukel
u. Turngerät, Brett, Ringe, Stange, billig abzug. Hübschstr. 12a (B471)

Außergewöhnlich billig!
Total-Ausverkauf
wegen Geschäftsaufgabe
20-25% Rabatt
auf
Herren- und Knaben- **Anzüge**
Uebergangs-Mäntel und Hosen
Damen- Herren- Kinder- **SCHUHE**
Gelegenheits-Verkäufe **David Turner**
Herrenstr. 21 1 Trepp

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 9. April 1930.

Der „Badener Heimattag" in den Volksschulen.

Die Leitidee „Heimat" bei den Schlußfeiern.

Um den großen „Badener Heimattag", das Welttreffen der Badener, das bekanntlich vom 11. bis 14. Juli d. J. in Karlsruhe stattfindet, in den weitesten Kreisen der Bevölkerung nachdrücklich bekannt zu machen, um vorab auch unsere Jugend auf die wertvollen Heimat- und Volksgüter hinzuweisen und sie von der Bedeutung des Heimattages in seinen kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen zu überzeugen, hat sich das Stadtschulamt in dankenswerter Weise entschlossen, die Schlußfeiern an den Volksschulen unter die Leitidee „Heimat" zu stellen. Zu diesem Zwecke sind verschiedene Maßnahmen in Aussicht genommen, eine Sammlung von vorzüglichen Heimatgedichten wird den Schulkindern in neuer Zusammenstellung die Schönheiten und Eigenorten des badischen Landes durch den Mund unserer bekannten Dichter und Schriftsteller in eindrucksvoller Form vor Augen führen, und außerdem wird die Lehrerschaft durch entsprechende Vorträge und Unterweisungen die Schuljugend auf den Gedanken des „Badener Heimattages" vorbereiten. Darüber hinaus sind die Schulkinder auch aufgefordert worden, von ihren Verwandten und Bekannten im Auslande Adressen zu vermitteln, damit möglichst viele badische Landsleute von der Geschäftsstelle des „Badener Heimattages" noch rechtzeitig zum Welttreffen der Badener eingeladen werden können. Es wäre sehr zu wünschen, daß dieses vorbildliche Beispiel des Stadtschulamtes der Landeshauptstadt nicht nur im Kreis Karlsruhe, sondern auch im ganzen Lande Nachahmung fände.

Schlußfeier der Luisenschule.

Unter den vielen Schlußfeiern, die alljährlich an den hiesigen Schulen stattfinden, dürfte wohl der Schlußakt an der Luisenschule einen ganz besonderen Platz einnehmen. Veranstaltungen in der Luisenschule sind immer von eigenem Reiz und inniger Schönheit, sie sind ein Fest, zu dem die Eltern der Schülerinnen, ehemalige Schülerinnen und Freunde der Anstalt oft in beträchtlicher Zahl von weiter Ferne herbeieilen, um alte, liebgewordene Freundinnen zu begrüßen und sich mitzufreuen an den schönen Erfolgen der Anstalt. So war es auch bei der am 7. April in den schönen Anstaltsräumen stattgefundenen Jahresschlußfeier.

Mögen die Ansichten über den Wert einer öffentlichen Prüfung auch geteilt sein, so muß doch gesagt werden, daß das hier Gebotene nicht eine Parade von eingepauktem Stoff war, sondern Zeugnis ablegte von der tiefgründigen und gewissenhaften Arbeit von Lehrern und Schülerinnen. Was hier in den Fächern: Nahrungsmittellehre, Buchführung, Deutsch und Säuglingspflege gezeigt wurde, verdient höchste Anerkennung.

Nicht weniger Lob und Anerkennung verdienen die am Tage zuvor schon in freundlicher Aufmachung ausgestellten Erzeugnisse der Koch- und Backkunst, sowie die vielen schönen weiblichen Handarbeiten, die einen großen Raum der Anstalt beanspruchten. Wie in der Koch- und Backkunst, so auch in den weiblichen Handarbeiten wird Schritt gehalten mit den Erfordernissen und Errungenschaften der Neuzeit, dabei wird das gute Altbewährte nicht über Bord geworfen. Ganz besonders gefielen die schönen Arbeiten im Flicken, Hand- und Maschinennähen, im Kleidermachen, Weiß- und Kunststicken. Die Arbeiten waren ganz hervorragend, es seien nur einzelne wenige hervorgehoben. Sehr bewundert wurden die hübschen Schlafanzüge in bester und geschmackvollster Ausführung, die feine Unterwäsche mit schönster Weißstickerei und Durchbrucharbeit, oder mit dem jetzt so beliebten bunten Besatz. Eine ganze Anzahl von sehr hübschen Kleidern erregte den Neid der Besucherinnen. Nicht nur das einfache Tennis- oder Sportkleid war vertreten, sondern auch das Kleid in verschiedenen Variationen bis zum reizenden Tanz- und Gesellschaftskleid.

In der Kochausstellung gefielen besonders die feinen, künstlerisch verzierten Torten, der Tisch mit der Rohkost und die leckeren Kartoffelspeisen. Die Ausstellung hatte sich wieder eines sehr regen Besuches zu erfreuen.

Eine prächtige Leistung war wieder der eigentliche Schlußakt, das von Herrn Studienrat A. Bernhard eingeübte und geleitete Volksliederspiel „Unter dem Lindenbaum", ein Spiel in Worten und Liedern von deutscher Heimat und deutscher Art. Der Präsident des Bad. Frauenvereins, Herr Geh. Rat Hochapfel, fand zum Schluß warme, anerkennende Worte für die Leiterin der Anstalt, den Lehrkörper und die Schülerinnen. Er entließ diese mit den besten Wünschen für ihre fernere Zukunft. Der Anstalt ist zu ihrer Leistung nur zu gratulieren, möge ihr auch im kommenden Schuljahr ein recht guter Erfolg und eine steigende Weiterentwicklung beschieden sein. ha.

✣

§ **Verkehrsunfall in der Herrenstraße.** Am Dienstag vormittag ereignete sich in der Herrenstraße vor dem Gebäude der Reichsbank ein Zusammenstoß zwischen einem Kraftdreirad und einem Lastkraftwagen. Der Führer des Kraftrads, ein verheirateter Oberwachtmeister bei der Landesversicherungsanstalt hier, war eben zum Seitenwechsel nach links abgebogen, als er von dem Lastkraftwagen erfaßt wurde. Er trug einen komplizierten Unterschenkelbruch davon und mußte ins Städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

§ **Fahrradmarder.** Einem städt. Arbeiter wurde im Hofe einer Wirtschaft in der Kreuzstraße ein Gritznerfahrrad gestohlen. Der Täter hinterließ ein altes Brennaborrad, das vermutlich ebenfalls gestohlen war. — Ein weiteres Fahrrad wurde in der Ludwig-Wilhelmstraße aufgefunden; auch dieses dürfte irgendwo gestohlen worden sein. — Einem Drechslerlehrling wurde sein Fahrrad in der Durlacherstraße entwendet. Einem Schreinerlehrling wurde ein Herrenfahrrad aus dem Keller der Gewerbeschule in Durlach gestohlen.

§ **Ein Rohling.** Der 22 Jahre alte Sohn eines Handwerksmeisters hat sich wegen Körperverletzung zu verantworten, weil er seinen 19 Jahre alten Vater mit Fußtritten und Faustschlägen mißhandelt und ihn außerdem in den Finger gebissen hat.

Kaffee Bauer. Heute Mittwoch findet Sonderkonzert der vergrößerten Hauskapelle statt. Aus dem Programm seien genannt: Ouvertüre zu Benvenuto Cellini von Berlioz, eine Wagner-Fantasie, Erinnerung an Bayreuth und als Einlage Beethovens Klaviertrio Es-Dur Op 1. (Siehe Anzeige).

Aufhebung der Badeplätze an der Alb?

Sechs Stadtteile sollen ihre Schwimmplätze verlieren. — Ist diese Maßnahme wirklich nötig?

Das Bedürfnis der Karlsruher Bevölkerung, sich in den heißen Sommermonaten in Wasser, Luft und Sonne zu erholen, hat in den letzten Jahren in außergewöhnlich starkem Maße zugenommen. Tausenden und Abertausenden bieten die Badeplätze im Stadtgebiet Erholung und Erfrischung. Neben dem großzügig angelegten Karlsruher Rheinstrandbad Rappenwört, dem Rheinbad Maxau und dem städtischen Schwimmbad am Rheinhafen bieten die zahlreichen Badeplätze an der Alb Tausenden der städtischen Bevölkerung die Möglichkeit zum Baden. Für eine Stadt mit über 150 000 Einwohnern kann man die augenblickliche Zahl der Badeplätze trotz Rappenwört nicht als übermäßig groß bezeichnen. Während nun überall in Deutschland das Bestreben der Gemeinden festzustellen ist, in den Städten verteilt auf die einzelnen Stadtteile für Badegelegenheiten zu sorgen, haben, wie wir erfahren, die maßgebenden Behörden in Karlsruhe die Absicht, sämtliche Badeplätze an der Alb aufzuheben.

In einem Schreiben des Bezirksamtes Karlsruhe an die Besitzer der Badeanstalten an der Alb wird zur Begründung u. a. ausgeführt:

„Die Ergebnisse der bakteriologischen Untersuchungen des Albwassers in den letzten Jahren waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, so, daß mit Gesundheitsschädigungen für die Badenden gerechnet werden muß. Unter diesen Umständen halten wir es für unsere Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß die Badeplätze an der Alb möglichst bald verschwinden."

Diese Nachricht wird in den sechs Stadtteilen (Rüppurr, Weiherfeld, Beiertheim, Bulach, Weststadt [Kühler Krug] und Daxlanden), deren Bevölkerung von der Aufhebung der Badeplätze an der Alb besonders stark betroffen würde, lebhaftes Erstaunen und Befremden erwecken. Jedes öffentliche Gewässer, das zum Baden freigegeben ist, bietet immer eine gewisse Gefahr für die Badenden, verursacht durch die Unreinlichkeit des Wassers. Bei den Badegelegenheiten an der Alb liegt doch die Sache so, daß das Wasser alljährlich durch das Gesundheitsamt untersucht wurde. Trotzdem diese Untersuchungen schon seit mehr als 20 Jahren immer fast das gleiche schwankende Ergebnis hatten, d. h. es waren bald mehr, bald weniger Keime in dem Wasser festzustellen, haben die maßgebenden Behörden nach dem Kriege keine Schwierigkeiten bereitet, als an der Alb Schwimmbäder entstanden, die im Laufe der Jahre infolge des großen Zuspruches unter starkem finanziellen Aufwand ausgebaut wurden. Im Gegenteil, bei der Wiedereröffnung des Schwimmbades am Kühlen Krug durch den Karlsruher Schwimmverein war damals Bürgermeister Dr. Horstmann dem Verein dankbar, daß er durch die Errichtung dieses Badeplatzes für Schwimmgelegenheit für die Bevölkerung sorgte und damit eine Aufgabe übernahm, die eigentlich die Stadt im Interesse der Volksgesundheit zu erfüllen hätte.

In den ganzen Nachkriegsjahren haben die Bäder an der Alb ihre Aufgabe erfüllt, und man hat trotz aller alljährlichen Untersuchungen nie davon gehört, daß die Untersuchungsergebnisse des Wassers der Alb derart seien, daß eine Schließung der Bäder notwendig erscheint. Deshalb wird die beabsichtigte Maßnahme, die Badeplätze an der Alb nunmehr zu beseitigen, lebhaftes Kopfschütteln in der Bevölkerung hervorrufen.

Ist diese Maßnahme, die ein schwerer Schlag für die betroffenen Stadtteile darstellt, wirklich nötig? Diese Frage wird bei allen in Mitleidenschaft gezogenen Stellen mit allem Ernst gestellt werden. Haben die Untersuchungen des Albwassers im Jahre 1929 ein ungünstigeres Ergebnis gehabt als in den ganzen vorhergehenden Jahren? Sind im vergangenen Jahre bei den Benützern der Badeplätze ernstliche Erkrankungen vorgekommen, die eine Schließung der Bäder rechtfertigen?

In keinem der sechs Stadtteile ist unseres Wissens etwas über Erkrankungen von Leuten bekannt geworden, die in der Alb gebadet haben. Wenn man also jahrzentelang der Bevölkerung gestattet hat, in der Alb zu baden, dann ist nicht recht einzusehen, daß auf einmal die Gefahr des Badens in der Alb so groß sein soll, daß mit einem Schlag sämtliche Badeplätze aufgehoben werden müssen und der Bevölkerung damit nur noch Badegelegenheit im städtischen Rheinstrandbad Rappenwört, im städtischen Rheinbad Maxau und im städtischen Rheinhafenbad gegeben ist. Diese dann nur noch existierenden drei städtischen Badeanstalten sind einfach für eine Stadt wie Karlsruhe aus den verschiedensten Gründen nicht ausreichend.

Unseres Erachtens ist die geplante Maßnahme nur gerechtfertigt, wenn durch festgestellte schwere Erkrankungen sich eine Gefahr für die Badenden ergeben hat. Die maßgebenden Behörden hätten dann allerdings, falls wirklich im vergangenen Jahre Erkrankungen vorgekommen sind, die Pflicht gehabt, sofort energisch durchzugreifen. Sind jedoch im vergangenen Jahre keine nennenswerten Erkrankungen vorgekommen, dann sind wir der Ansicht, daß man genau wie seit Jahrzehnten der Bevölkerung die Badeplätze an der Alb belassen soll. Es gibt schließlich auch eine Pflicht der Behörden, im Interesse der Volksgesundheit für hinreichende Badegelegenheiten der Bevölkerung zu sorgen unter Rücksichtnahme auf die Berufstätigen.

Dieser Ansicht scheint ja auch der badische Minister des Innern zu sein, der gerade in letzter Zeit einen Erlaß an die Polizeibehörden ergehen ließ, in welchem die Gemeinden angehalten werden, für ausreichende Badegelegenheit an geeigneten Orten Sorge zu tragen, um damit die Auswüchse im Badewesen außerhalb der Badeanstalten zu bekämpfen. Wie sollen aber diese Mißstände mit Erfolg beseitigt werden, wenn in Zukunft im Sommer die Karlsruher Bevölkerung nur noch in Rappenwört, das an heißen Tagen all die erholungsuchenden Massen nachweisbar nicht fassen kann, im Maxauer Rheinbad und in dem kleinen städtischen Schwimmbad am Rheinhafen baden dürfen?

Die Frage der Aufhebung sämtlicher Badeplätze an der Alb ist für einen großen Teil der Karlsruher Bevölkerung von so enormer Bedeutung, daß man wirklich eine derartige Maßnahme nur nach reiflichster Ueberlegung ausführen sollte. Die Frage ist im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung und der Regelung des Karlsruher Badewesens wichtig genug, um bei allen in Frage kommenden Stellen nochmals eingehend beraten zu werden.

Der große Unbekannte.

Metalldiebstähle vor dem Karlsruher Schöffengericht.

Die unsterbliche Figur des großen Unbekannten feierte in der Sitzung des Karlsruher Schöffengerichtes vom Dienstag wieder einmal fröhliche Auferstehung. Unter der Anklage des schweren Diebstahls stand der 27 Jahre alte Taglöhner Valentin N. und sein mutmaßlicher Komplize Albert B. vor dem Richter. Die Verhandlung drehte sich darum, daß am 18. oder 19. Januar dieses Jahres aus einer Metallhütte in der Neureuter Straße größere Mengen, etwa 180 Kilogramm, des wertvollen Straitszinn gestohlen worden waren. Einige Tage später traf ein hiesiger Kriminalbeamter den Angeklagten N. auf der Straße, der ein verdächtiges Paket bei sich trug. Er untersuchte das Paket und stellte fest, daß es eine größere Menge Zinn enthielt.

Gleich bei der ersten Vernehmung ließ dann dieser Angeklagte den großen Unbekannten aufmarschieren. Er erzählte auch in der Verhandlung, daß er als Erwerbsloser sich einen gewissen Verdienst dadurch verschaffe, daß er Tag für Tag die Schuttabladeplätze nach Metallgegenständen durchsuche die er dann weiter veräußere. So sei er auch am 20. Januar auf dem Schuttabladeplatz zwischen Knielingen und Maxau gewesen, als der große Unbekannte dort plötzlich auftauchte und ihm mehrere Kilogramm Zinn zum Kauf anbot. Der große Unbekannte habe ihm eine etwas unklare, aber dennoch glaubhafte Geschichte über den Erwerb des Metalls erzählt. Einige Tage später habe ihm derselbe Mann, der angeblich seiner Sprache nach aus Knielingen stammen sollte, seinen Namen und Adresse habe er natürlich nicht genannt, an der gleichen Stelle nochmals eine größere Menge Zinn übergeben. Der Unbekannte habe auch nicht einmal, was die Geschichte nicht gerade glaubhafter macht, sofortige Bezahlung für das gelieferte Metall verlangt. Das Zinn wurde denn auch in der Wohnung des Angeklagten, bzw bei einem Klempnermeister, an den er eine kleinere Menge weiterveräußert hatte, gefunden.

Der zweite Angeklagte, der gleichfalls erwerbslos ist, war nun deshalb in den Verdacht des Diebstahls gelangt, weil er ein guter Freund des N. ist und auch im Herbst des vergangenen Jahres in der Metallhütte des Dr. Dannenberg gearbeitet hatte, also mit den örtlichen Verhältnissen gut vertraut ist. Außerdem entsprach eine unter dem Fenster des Metallmagazins gefundene Fußspur ungefähr seinem Fußabdruck.

Die Zeugenvernehmung konnte die Existenz des großen Unbekannten nicht glaubhafter machen, andererseits wurden aber auch keine schlüssigen Beweise für einen gemeinsamen Einbruch der beiden Angeklagten erbracht. Durch den Urteilsspruch, den Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller verkündete, wurde denn auch nur der Angeklagte N. wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt; ein Monat der Untersuchungshaft wird in Anrechnung gebracht. Beide Angeklagten wurden von der Anklage des schweren Diebstahls freigesprochen. In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende, daß die Angeklagten auch des in Frage stehenden Diebstahls dringend verdächtig seien, ein sicherer Beweis sei jedoch nicht zu erbringen gewesen, es habe deshalb in diesem Punkte Freisprechung erfolgen müssen.

VOMAG-

Was bietet unser 80 PS 4 Zylinder?

Einfachste Konstruktion
Unübertroffene Betriebssicherheit
Geringsten Brennstoffverbrauch
bei grösster Zugleistung!

Unerreicht

Er erfüllt daher sämtliche Voraussetzungen für die **Wirtschaftlichkeit,** die **heute** für jeden Betrieb **mehr denn je** von **ausschlaggebender Bedeutung** ist.

Vogtländische Maschinenfabrik A.-G., Plauen i. Vgtld.

Vertretung: **Edmund Fischer, Karlsruhe-Beiertheim,** Marie-Alexandrastraße 37, Fernsprecher 6365

Südwestdeutsche Jndustrie- und Wirtschafts-Zeitung

Der amerikanische Automobilkampf
im Spiegel der chemischen Industrie.

Von unserem Vertreter
Dr. Max R. Kaufmann.

Newyork, Ende März 1930.

Als vor einigen Monaten die American J.G. Dyestoff Company gegründet wurde, mag sich der Zeitungsleser die Frage gestellt haben, wie der Name des Automobilmagnaten Ford und seines Sohnes Edsel in Verbindung mit der amerikanischen chemischen Industrie kommt, und er mag sich weiter gefragt haben, welches Interesse die deutsche chemische Industrie, in diesem Falle die J.G. Farben, gerade an der Dynastie der Ford haben kann. Derartige Fragen lagen nahe. Der Versuch, sie zu beantworten, ist weniger einfach, führt er doch mitten hinein in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Kampf um die Rohmaterialien und Rohmaterial-Ersatzstoff, wie die chemische Wissenschaft sie liefert: Ergebnisse, welche die natürlichen Rohstoffe verdrängen und intensive Kämpfe um Rohmaterialersatz-Monopole heraufbeschworen haben. Der Kampf um das Kalimonopol ist e i n Ausschnitt, die Entwicklung, die zum englisch-deutschen Chile-Nitrogenabkommen geführt hat, ein a n d e r e r. Und weiter — und damit kommen wir zu dem Problem, das im Zusammenhang mit Ford und J.G. Farben am meisten interessiert — führt dieser Versuch in die tiefsten Tiefen der amerikanischen Automobilkonkurrenz, die sich zu einem Kampf von ganz gigantischem Ausmaß entwickelt hat.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und, um den Zusammenhang zwischen Ford und der chemischen Industrie nicht nur Amerikas, sondern auch Europas, herausschälen zu können, muß auf folgendes hingewiesen werden: Unter den drei größten amerikanischen Gesellschaften, die sich aus der chemischen Industrie herauskrystallisiert haben und die hinter den Kulissen der breiten Oeffentlichkeit einen immer stärkeren Absorbierungsprozeß in die Wege leiten, die bestrebt sind, sich durch Fusionen in horizontaler und vertikaler Richtung zu entwickeln — die erstere auf Alkali und Stickstoff, die letztere auf einer Konsolidierung chemischer Fabriken basierend — figuriert die du Pont de Nemourrs and Company mit an erster Stelle. Dieses Riesenunternehmen, eines der bekanntesten neben der Cyanamid und der Allied Chemical and Dye, welch letztere durch Fusionen die Barrett, General Chemical, National Aniline an Chemical, die Semat-Solvay und andere verschluckt hat, zu den die Untergesellschaften Athmospheric Nitrogen gehört, die stark an United States Steel interessiert ist und sich die größte chemische Gesellschaft der Welt nennt, hat sich seit 1802 der Schießpulverfabrikation zugewandt. Im Krieg erzielte es Riesengewinne und konnte sein Kapital von 61 Millionen Dollar im Jahre 1913 auf 288 Millionen Dollar im Jahre 1928 erhöhen. Die Reingewinne der du Pont stiegen in derselben Periode von 5 auf 43 Millionen. Die du Ponts — und hier setzt die Verbindung zwischen amerikanischer Automobilindustrie und chemischer Industrie ein — kontrollieren die Aktienmehrheit der General Motors. Ihre ersten Investierungen im Feld der Autoindustrie mit rund 34 Millionen im Jahr 1920 haben im Jahr 1927 die Summe von 175 Millionen überschritten, betragen also rund 50 Prozent des Aktienkapitals der chemischen Gesellschaft. Die Interessenverknüpfung ist eine enge, so daß sieben Direktoren der du Pontgesellschaft im Direktorium der General Motors sitzen und Pierre S. du Pont gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrates seiner eigenen Unternehmung und derjenigen der General Motors ist. Weitere Verbindungen führen von den du Ponts zum Bankhaus Morgan, wieder andere zur United States Steel, obschon angeblich die du Pont im Jahre 1928 ihre 16 Millionen Steelaktien verkauft haben sollen. Daß die Verbindung mit United States Steel jedoch in irgend einer Form noch besteht, geht daraus hervor, daß die General Motors, also die du Ponts, einer der hauptsächlichsten Abnehmer der United States Steel ist. So konnte beispielsweise die Federal Trade Commission im Jahre 1928 feststellen, das Nettoergebnis der Verbindung du Pont-General Motors, so, wie es aus den Geschäftsverbindungen beider Firmen hervorgehe, sei das, was der Schatzmeister der du Ponts als Grund der Aktienkäufe bezeichnet habe: Absatz verschiedener wichtiger du Pontfabrikate mit kleinen oder gar keinen Verkaufsunkosten. Eine weitere Verbindung der du Pont-General Motorskombination führt, was wiederum unter dem Gesichtspunkt der starken General Motorsbeteiligung an der deutschen Automobilfirma Opel von besonderem Interesse ist — zur englischen Imperial Chemical Industry (JCJ.) Interessant ist diese Verbindung darum, weil die JCJ. der Gegenexponent zur deutschen J.G. Farbenindustrie im Kampf um die Bewegung ist, die auf die Gründung zweier großer Welttrusts hinausläuft, ein Kampf, der übrigens zu einer bemerkenswerten Spaltung des amerikanischen Kapitals geführt hat, das versucht seinen Einfluß auf beiden Gruppen geltend zu machen. Diese Kapitalspaltung drückt sich damit aus, daß die Morgan-Chase National Bank-General Motorsgruppe an der englischen JCJ. interessiert ist, während die Rockefeller-Ford, im engeren Sinne auch National City Bank und Acceptance Bankgruppe (Warburg), sich auf die J.G. Farben konzentriert. Damit ist bereits die eingangs gestellte Frage beantwortet: Das Interesse Fords — im Zusammenhang damit das der Standard Oil, welche die Ausbeutung der J.G. Farbenpatente erwarb — an der American JG Dyestoff stellt den Gegenzug gegen die Kombination General Motors-du Pont dar. Auf Europa übertragen heißt das: Das Interesse Fords an der J.G. Farben, durch den Verkauf starker Aktienpakete der deutschen Fordgesellschaft an die J.G. Farben Ausdruck findend, die als deren Lieferanten die Rolle übernehmen, welche die du Ponts bei General Motors spielen, ist, im amerikanischen Automobilkonkurrenzkampf, die Antwort des Detroiter Magnaten auf die Verbindung General Motors-du Pont. Unter dem Gesichtswinkel der in der chemischen Industrie wahrzunehmenden Welttrustbewegung gesehen, bedeutet die Kombination Ford-American JG. Dyestoff-JG. Farbenindustrie die Antwort der führenden deutschen chemischen Industrie an die gegnerische englische Imperial Chemical Industry, die durch ihre Minderheitsholdings mit der General Motors-du Pontgruppe verbunden ist. Diese Gruppe, auch das muß bei einer Sondierung der Strömungen hervorgehoben werden, ist eng liiert mit der der Chase National Bank nahestehenden Chase Securities Corporation, aus der die Finance Company of Great Britain and America hervorging, deren Tätigkeitsfeld außerordentlich weitgesteckt ist und in deren Aufsichtsrat nicht nur Beamte der National Chase, der neuen Weltbank sitzen, sondern auch führende Männer der General Motors, American International Corporation, American Car Foundry, American Locomotive, International Paper, American Railway Expreß, Metropolitan Life Insurance, Bethlehem Steel und, um Namen zu nennen, die Engländer Lord Reading, Lord Melchett, der ehemalige Sir Alfred Mond als Exponent der JCJ.-Interessen.

So sehen wir, wie einesteils der Kampf zwischen der englischen und deutschen chemischen Industrie (nicht zu vergessen der englisch-amerikanische Petroleumkampf) zu einer wesentlichen Spaltung des amerikanischen Kapitals führte und wie er sich — und das zu zeigen war der Zweck dieses Aufsatzes — im Kampf der amerikanischen Automobilindustrie um die Weltherrschaft wiederspiegelt. Auf die deutsche chemisch- und Automobilindustrie übertragen, führt er zu folgendem nicht uninteressanten Bild:

	General Motors		Ford
Chemische Ind.:	Amerika: du Pont	Chem. Industrie:	Amerika: Amer. JG. Dyestoff
"	England: Imperial Ch. Ind.		Deutschland
	Hauptgegn. der JG. Farben		JG. Farben
Banken:	Morgan	Banken:	Rockefeller
	Opel		Deutsche Fordwerke

Stand der Wintersaaten
im Reich anfangs April 1930.

Berlin, 8. April. (Eigenbericht.) Der ungewöhnlich milde Witterungsverlauf des vergangenen Winters ist den jungen Saaten im allgemeinen gut zu Statten gekommen. Trotz Fehlens der Schneedecke sind die Herbstsaaten über die kritische Zeit ziemlich schadlos hinweggekommen. Umpflügungen infolge Auswinterungsschäden dürften daher nur in beschränktem Umfang notwendig sein. Nach dem gegenwärtigen Stand zeigen die W i n t e r s a a t e n z u m e i s t e i n g e s u n d e s u n d k r ä f t i g e s A u s s e h e n. Für eine günstige Weiterentwicklung sind, da der Winter arm an Niederschlägen gewesen ist, nunmehr allerdings ausgiebige Regenfälle erforderlich.

Infolge des offenen Wetters konnte schon recht frühzeitig mit der Frühjahrsbestellung begonnen werden. Sie ist fast überall in vollem Gange. Die Aussaat an Sommergetreide ist in klimatisch bevorzugten Gegenden schon abgeschlossen. Auch Frühkartoffeln sind bereits vielfach gepflanzt. Allgemein wird über s t a r k e s A u f t r e t e n v o n F e l d m ä u s e n, die sich bei der milden Winterwitterung sehr vermehrt haben, geklagt.

Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 — gut, 3 — mittel, 4 — gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung der Wintersaaten: Winterroggen 2.5 (im Dezember 1929 2.4), Winterweizen 2.5 (2.5), Winterspelz 2.5 (2.6), Wintergerste 2.7 (2.5).

Kali- und Steinsalz.
Wichtiger Fund der Bremer Erdöl AG.

Die B r e m e r E r d ö l A.-G. hat bei ihrer Bohrung Heidkrug II in der Nähe der Grenze Oldenburg-Bremen ein Salzlager von großer Mächtigkeit durchteuft. Die Stärke desselben beträgt etwa 800 Meter. Es handelt sich, wie die „Weser-Zeitung" hört, um ein Lager, das nicht allein ein erstklassiges Steinsalz aufweist, sondern vor allem auch hochprozentiges Kali enthält. Das letztere Lager wurde bei 768—778 Meter durchteuft. Die Untersuchung hatte ergeben, daß das Kalisalz einen K 20-Gehalt von rund 14 Prozent aufweist, wobei berücksichtigt werden muß, daß nur etwa drei Viertel des Kernes zur Untersuchung gegeben werden konnte, da derselbe stark ausgelaugt und dadurch in seinem äußeren Umfang stark angefressen war, was besagen würde, daß der K 20-Gehalt in Wirklichkeit bedeutend höher wäre. Auf Grund des jetzt festgestellten Vorkommens fordert die Staatsregierung Oldenburg vom Reichswirtschaftsministerium auf Grund des Kaliwirtschaftsgesetzes die Berechtigung zur Niederbringung eines Schachts im Freistaat Oldenburg. Die Bremer Erdöl A.-G. besitzt die Konzession für die Ausbeute aller gefundenen Mineralien.

London, 8. April. (Drahtbericht.) Metalle, Schluß. K u p f e r: Tendenz stetig; Standard per Kasse 69¼—69½, 3 Monate 67¼—67½. Settl. Preis 69¼, Elektrolyt 83½—83¾, best selected 74¾—76, Elektrowirebars 83¾. — Z i n n: Tendenz stetig; Standard per Kasse 163⅜ bis 163¾, 3 Monate 165⅝—165¾, Settl. Preis 163¾, Banka 167¾, Straits 166. — B l e i: Tendenz stetig; ausländ. prompt 18¼, entst. Sichten 18 7/16, Settl. Preis 18¼. — Z i n k: Tendenz stetig; gewöhnl. prompt 18 5/16, entst. Sichten 18 15/16, Settl. Preis 18⅝. — Quecksilber 23, Wolframerz 26.

Zur Aktienrechts-Reform.

In der „Vereinigung für Aktienrecht in Berlin" sprach kürzlich Rechtsanwalt Dr. Max H o m b u r g e r-Karlsruhe, über die Antworten, die seitens des deutschen Anwaltsverein und der Vereinigung Berliner Handelsredakteure auf die Fragebogen des Reichsjustizministeriums zur Aktienrechtsreform erteilt worden sind. Nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts" über diese Veranstaltung, unterstrich der Vortragende den deutlichen Gegensatz, der sich in der Auffassung der beiden Gruppen erkennen läßt, ein Gegensatz, dessen Ursprung in der Grundeinstellung zu der Frage, in welcher Richtung die Reform unseres Aktienwesens zu gehen hat, gesehen werden muß. Der Anwaltsverein warnt zwar vor einer Ueberspannung der Uebernahme ausländischer Rechtsformen, kommt aber bei den Einzelfragen in starkem Maße dazu, eine Angleichung des deutschen Rechts an das ausländische, speziel anglo-amerikanische, zu empfehlen. Die Vorschläge der Berliner Handelsredakteure sind im Gegensatz hierzu, wie Rechtsanwalt Homburger betonte, von einer erfreulichen Kompromißlosigkeit. Sie lehnen die Eingliederung fremder Institutionen in das deutsche Aktienwesen ab und verlangen Wiederherstellung der vom bisherigen Aktienrecht gewollten Aktiendemokratie, nach der Kapitalanteil und Herrschaftsrechte abgenaut sind.

Rechtsanwalt Homburger bekannte sich in seinen Ausführungen in einzelnen Fragen der Reform nicht ganz so uneingeschränkt wie in seinen einleitenden Worten zu der „journalistischen" Auffassung. Er wandte sich gegen eine angeblich zu weitgehende Verkoppelung der privaten Aktiengesellschaft mit staatlichen Organen, die er z. B. in dem Vorschlage der

Einführung von Bilanzschemata

sieht, für die durch das Reichswirtschaftsministerium für die verschiedenen Industriegruppen Richtlinien festgesetzt werden sollen. Nach Ansicht des Redners müsse man zwar für eine größere Klarheit der Bilanzen sorgen, könne dies aber bereits durch eine gesetzliche Vorschrift über die vorzunehmende Bilanzgliederung erzielen. Der grundsätzliche Unterschied zwischen einem nach Industriezweigen variierten Schema und einer gesetzlich normierten Gliederung ist, wie auch in der Diskussion betont wurde, nicht recht erkennbar und anscheinend nur deshalb gemacht worden, um der als unerwünscht angesehenen Einschaltung einer staatlichen Stelle begegnen zu können. Das mutet etwas als Begriffsklitterung an, während man über die Ablehnung einer staatlichen Treuhandstelle für Mehrstimmrechtsaktien, solange diese nicht nach dem Vorschlage der Handelsredakteure völlig abgeschafft werden, eher diskutieren kann. Tatsächlich ist die Frage schwer zu entscheiden, wie man den Mehrstimmrechtsaktien ihr Gift zu nehmen vermag und ob es auf dem Umwege über eine staatliche Kontrolle unbedingt gelingen kann. Zur Frage der Revision von Gründungen, die ebenfalls in den Komplex der Beziehungen zwischen Staat und Aktiengesellschaften gehört, vertrat der Vortragende die Ansicht, daß grundsätzlich alle Gründungen, nicht nur wie bisher allein die Nachgründungen, einer Revision zu unterwerfen wären, um die bisherigen Gefahren für das Publikum aus der Welt zu schaffen.

Bezüglich der lange Zeit in den Vordergrund gestellten Möglichkeit einer Erleichterung der ausländischen Kapitalzufuhr durch Ausgleichung des deutschen Aktienrechts an das ausländische wurde die Stellungnahme der Handelsredakteure als zutreffend anerkannt, daß man sich hiervon nichts versprechen dürfe, zumal sich in Vorkriegszeiten das deutsche Kapital weitgehend im Auslande betätigt habe, ohne daß die fraglichen Länder Konzessionen durch Abänderung ihrer rechtlichen Verhältnisse gemacht hätten. Diese Einstellung begründet die im übrigen

einmütige Ablehnung der Unterpari-Emission und der Quotenaktie,

jedoch haben die Anwälte die Uebernahme der Institution des autorisierten Kapitals und der stimmrechtslosen Vorzugsaktie empfohlen, die von den Redakteuren abgelehnt wird. Dabei ergibt sich die eigenartige Erscheinung, daß an einer Stelle seitens der Anwälte bewiesen wird, Vorratsaktien und autorisiertes Kapital hätten nebeneinander keine Berechtigung, an anderer Stelle hingegen für beide zugleich eingetreten wird, ferner noch für Optionsaktien, die seitens der Handelsredakteure unter gewissen Kautelen anerkannt werden. Noch gefährlicher sei die Haltung der Anwälte in der Frage der stimmrechtslosen Vorzugsaktien, da sie nämlich selbst die Kautelen ablehnen, die das amerikanische Vorbild kennt, Aktien, den Zuwachs des Stimmrechts an die an sich stimmrechtslosen höchstens falls die Vorzugsaktiendividende nicht gezahlt wird, sondern einen Treuhänder eine Vertretung der stimmrechtslosen Vorzugsaktien durch einen Treuhänder zulassen wollen. Zu einer unbedingten Empfehlung des ausländischen Vorbildes gelangte der Vortragende bezüglich der

Pflichtrevision, die notwendig und möglich sei,

denn, wie es auch von Seiten der Redakteurvereinigung betont wurde, werde ein Stand zuverlässiger und ausreichend vorgebildeter Revisoren sich ohne weiteres schaffen lassen. Die Legitimationszession, die von den Anwälten anerkannt und von der anderen Gruppe strikte abgelehnt wird, glaubte Rechtsanwalt Homburger als nicht abschaffbar ansehen zu können, solange Inhaberaktien existieren. Jeder gesetzlichen Beschränkung werde sich die Praxis sehr rasch zu entziehen wissen. Die einzige Hilfe wäre in einer Erziehung der Aktionäre zu sehen, doch sei das eine sehr zweifelhafte Möglichkeit. Im übrigen müsse man den Vorschlag der Redakteure, eine Trennung der in reinen Aktienform zu betreibenden Erwerbsgesellschaften von den gemeinnützigen Gesellschaften, für die eine andere Rechtsform zu finden sei, zustimmen. Jedoch sei zugleich ein getrenntes Recht für große und kleine Aktiengesellschaften zu schaffen, was trotz aller Schwierigkeiten der Grenzziehung möglich wäre. Das kleine Unternehmen kann, falls ihm die aktienrechtlichen Bestimmungen zu schwer tragbar sind, eine andere Konstruktion (G. m. b. H.) wählen.

Die Gegensätzlichkeit zwischen den beiden Gruppen kommt besonders scharf bei dem großen

Problem des „Unternehmens an sich"

zum Ausdruck, da die Anwälte für die Anerkennung dieser von den Redakteuren als blutleerer Begriff charakterisierten Konstruktion sind und folgerichtig für die Schutzbedürftigkeit des Unternehmens, damit also auch für die Mehrstimmrechtsaktien eintreten. Der Redner meinte, vielleicht bestehe die Notwendigkeit, Mehrstimmrechtsaktien anzuerkennen, aber eine Sicherung für ihre treuhänderische Verwaltung zu schaffen. Hier neigt Homburger also zu einem Kompromiß und sogar zu einer gewissen, sonst von ihm bekämpften staatlichen Einflußnahme.

Zuzugeben ist allerdings, daß die Aufgabe für den Gesetzgeber, das Richtige zu treffen, sehr schwer ist, und daß die Rücksicht auf die Haltung des deutschen Kapitals weitgehende Bedeutung hat. Sie wird man aber besser durch klare Lösungen als durch verschachtelte und dehnbare Bestimmungen üben können. Aus diesem Grunde ist auch die Generalklausel abzulehnen, die der Redner als eine schöne gesetzgeberische Idee ansah, jedoch gleichzeitig als sehr gefährlich bezeichnete. In der Frage der Bezugsrechtsausübung bezw. -entziehung wurden die Vorschläge der Anwälte als unmöglich gekennzeichnet, diejenigen der Handelsredakteure dagegen in der großen Linie anerkannt. Einmütig stellte der Vortragende bezüglich der Notwendigkeit größerer Publizität und bezüglich des Anfechtungsrechts fest, das dem Einzelaktionär nicht entzogen werden dürfte. Bei den stillen Reserven müsse man anerkennen, daß seitens der Handelsredakteure recht erhebliche Konzessionen gemacht wurden und ihre Vorschläge sehr geeignet erscheinen. Der Vortrag mündete in die Feststellung aus, es müsse eine vollständige Reform des Aktienrechts erfolgen, andernfalls es besser wäre, noch zu warten; denn Teilreformen hätten keinen Sinn. Allerdings habe man sich darüber klar zu sein, daß außerordentlich große Schwierigkeiten zu überwinden sind, namentlich infolge der nicht offen hervortretenden wirtschaftspolitischen Einflüsse auf die gesetzgebenden Instanzen.

Frankfurter Abendbörse.
Schwach.

Frankfurt, 8. April. (Eigenbericht.) Auch gegenüber den schwachen Berliner Schlußkursen setzte die Abendbörse allgemein auf ermäßigtem Niveau ein. Angeblich wird eine Fusion einer Mitteldeutschen Hypothekenbank mit der Gemeinschaftsgruppe vorbereitet, was teilweise als nicht günstig empfunden wird. Andererseits sind es die bekannten Motive und teilweise bereits eingetretenen, teilweise erwarteten Dividendenenttäuschungen und allgemein die innerpolitische augenblickliche Situation. Die Spekulation ging zu größeren Leerabgaben, sodaß die Kursverluste über 2 Prozent hinausgingen. Besonders gedrückt lagen wieder Chemiewerte unter Führung von Rütgers, desgl. Kunstseidewerte. Montanwerte bröckelten etwa 1, Elektrowerte 1 bis 2 Prozent ab. Schiffahrtswerte gut gehalten. Renten still. Nur Neubesitz im Gesamtrahmen schwächer. Auslandsrenten eher freundlicher. Die Aktien schlossen durchweg schwach. J.-G. Farben 173.25, Siemens 259, Aku 111.

A n l e i h e n: Altbesitz 55.12, Neubesitz 11.12, 4 Prozent Dt. Schutzgebiete 3.12.

B a n k a k t i e n: Allg. Dt. Creditanst. 117, Barmer Bankverein 133.75, Berl. Handelsges. 175, Commerz- u. Privatbank 161, Darmst. u. Nationalbank 241, DD.-Bank 150.5, Dresdner Bank 154.25, Reichsbank 293, Oesterr. Credit 29.30.

B e r g w e r k s a k t i e n: Buderus 75.5, Harpener 125.5, Kali Aschersleben 215.5, Westeregeln 218, Mannesmannröhren 109, Mansfelder Bergbau 108.5, Phönix Bergbau 104, Rhein. Braunkohlen 237, Rhein-Stahl 117.25, Ver. Königs- u. Laurahütte 52, Ver. Stahlwerke 100.25.

T r a n s p o r t w e r t e: Hamb. Amerik. Paketf. 109, Nordd. Lloyd 109.75.

I n d u s t r i e a k t i e n: Aku 111, AEG. Stammaktien 172, Zement Heidelberg 132.5, Daimler Motor 41, Dt. Erdöl 104, Dt. Linoleumwerke 250, Dyckerhoff u. Widmann 99, Elektr. Licht u. Kraft 176, J.-G. Farben 173.5, Gesfürel 183, Goldschmidt Th. 71, Holzmann 108, Junghans Gebr. 375, Lahmeyer 172, Mainkraftwerke 98, Metallges. 109.5, Rhein. el. Mannh. Stamm 143, Rütgerswerke 41, Schuckert El. Nürnb. 191, Siemens u. Halske 259.5, Thür. Lief. Gotha 108, Verein f. chem. Ind. 82, Voigt u. Häffner 218, Zellstoff Aschaffenburg 149, Zellstoff Waldhof 181.75.

Reichsschatzwechsel zu 6¼%

Berlin, 8. April. (Eigenbericht.) Da die gestrige Privatdiskontnachfrage auch zu dem ermäßigten Satz von 4½ Prozent nur teilweise befriedigt werden konnte, stellte das Reich wie schon im Januar und Februar dem Markt einjährige Schatzwechsel zur Verfügung. Gegenüber den Vormonaten konnte eine beträchtliche V e r b i l l i g u n g vorgenommen werden. Der Satz war 6¼ gegen 6¾ Prozent im Frühjahr. Die Fälligkeit der neuen Serie wurde auf den 15. April 1931 festgelegt.

Pariser Börse.

Paris, 8. April (Drahtbericht). **Schlußkurse**

	7. 4.	8. 4.		7. 4.	8. 4.		7. 4.	8. 4.
4 Ret. 1918	99.40	99.40	Thoms.-Hst	1158	1142	Rio Tinto	5715	5615
5 Rte. 20 am	136.25	136.40	Courrières	1715	1697	Soc Gen. Als	1405	1400
B'que de Fr.	254.90	253.00	Lens	1424	1414	Force Motr. H.-Rhin	—	1365
Union Paris	2240	2210	Penarroya	1108	1095	Dollfus-M.	—	112.00
Créd. Comm	1670	1656	Kuhlmann	1140	1130	Schn Creus.	2140	2115
Crédit Lyon.	3320	3275	Air Liquide	2165	2135	Soie Artif.	9350	8925
Suez	200.90	199.05	Citroen B	1045	1039	Gr. Moul. d. Paris	170	178.50
Distr. d'El.	3365	3350	Peugeot	829	832			
El. Cie. Gén.	3835	3775	Wag. Lits	648	635			

Weinversteigerung in Deidesheim.

sw. Deidesheim, 8. April. (Eigenbericht.) Aus dem Weingut Deinhard, Mitglied des Verbands Deutscher Naturweinversteigerer, kamen heute im Winzervereinssaal bei überaus zahlreichem Besuch 34 850 Flaschen 1928er Flaschenweine in Posten zu 800, 750 und 400 Stück zur Versteigerung. Um die einzelnen Nummern entwickelte sich ein eifriger Wettbewerb, der in vielfachen Teilungen sein Ende fand. Von den 43 Nummern des Ausgebots gelangte alles zum Zuschlag. Für die Flasche wurden erreicht in Pfg.: 160 — 150 — 180 — 180 — 170 — 190 — 170 — 160 — 180 — 180 — 210 — 210 — 180 — 210 — 180 — 220 — 260 — 200 — 200 — 200 — 220 — 190 — 200 — 250 — 230 — 200 — 220 — 200 — 210 — 200 — 190 — 190 — 200 — 110 — 230 — 220 — 280 — 250 — 290 — 370 — 350 — 410 — 560.

Ausländische Getreide und Fette.

Rotterdam, 8. April. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) W e i z e n (in Hfl. p. 100 Kilo) Mai 10.07½ (10.22½), Juli 10.17½ (10.32½), September 10.07½ (10.25), November 10.10 (10.30) M a i s (in Hfl. p. Last 2000 Kilo): Mai 138½ (144), Juli 132½ (137¼), September 135 (139¼), November 138¾ (142).

Liverpool, 8. April. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) W e i z e n (100 lb.) Tendenz gutbeh., (stetig), Mai 8/8⅜ (8/3½), Juli 8/5¾ (8/5½), Oktober 8/8¼ (8/8⅜). M a i s (100 lb.) Tendenz ruhig (stetig), cif Plate (480 lb.) per Mai/Juni 26/1½ (26/4½). M e h l (280 lb.) Liverpool Straights 32—33 (32—33) L o n d o n Weizenmehl 29—35 (29—37) Preise in shilling und pence.

Chicago, 8. April. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) W e i z e n: Tendenz willig (willig): Mai 113⅝ bis 113⅜ (115⅛—114⅞), Juli 114⅛—114⅞ (116⅜—116), September 117⅞—117 (118⅞—118¾), Dezember 121½ (123¼—123⅛). — M a i s: Tendenz willig (willig): Mai 85¼ (86⅝), Juli 87½ (88⅜), September 88⅜ (89½), Dezember 82⅜ (83⅜). — H a f e r: Tendenz willig (stetig): Mai 44¾ (45¼), Juli 44⅜ (45¾), September 43⅜ (44⅛). — R o g g e n: Tendenz willig (willig): Mai 66¼ (68¼—68⅛), Juli 71⅜ (74½), September 76 (78⅜). (Alles in Cents je Bushel.)

Winnipeg, 8. April. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) W e i z e n: Tendenz willig (willig) Mai 114⅛ (116⅛), Juli 117 (118¾), Oktober 119½ (120⅞) H a f e r: Mai 53 (53¾), Juli 53⅛ (53¼), Oktober 50⅜ (51¼). R o g g e n: Mai 69⅜ (71), Juli 72¼ (74), Oktober 75⅜ (77¼). G e r s t e: Mai 51½ (52½), Juli 54⅛ (55) Oktober 57 (58), L e i n s a a t: Mai 248¼ (250½), Juli 247½ (249½). M a n i t o b a - W e i z e n: Loco Northern I 113¼ (—.—), II 110⅝ (—.—), III 106⅜ (—.—).

Buenos Aires, 8. April. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) W e i z e n: Mai 10.20 (10.25), Juni 10.30 (10.35), M a i s: Mai 6.45 (6.55), Juni 6.25 (6.40), H a f e r: Mai 5.20 (5.20), Leinsaat: Tendenz kaum stetig (kaum stetig), Mai 20.40 (20.40), Juni 20.50 (20.60), Juli 20.70 (20.80).

Rosario, 8. April. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) W e i z e n: Mai 10.20 (10.25), M a i s: Mai 6.35 (6.50), L e i n s a a t Mai 20.30 (20.35), Wetter: Buenos schön, Santa Fé mäßiger Regen. In Papierpeso, per 100 Kilo.

Chicago, 8. April. (Funkspruch.) Fette. Schluß. (Vortagskurse in Klammern.) S c h m a l z: Tendenz kaum stetig (stetig): Mai 10.42½ (10.55), Juli 10.62½ (10.82½), September 10.87½ (11.00). — Speck loco 13.75 (13.75), Schmalz loco 10.22½ (10.45). — Leichte Schweine niedrigster Preis 10.10 (10.00), leichte Schweine höchster Preis 10.70 (10.70), schwere Schweine niedrigster Preis 11.00 (9.85), schwere Schweine höchster Preis 10.55 (10.40), Schweinezufuhr in Chicago 19 000 (35 000), Schweinezufuhr im Westen 95 000 (106 000).

Newyork, 8. April. (Funkspruch.) Fette. Schluß. (Vortagskurse in Klammern.) Schmalz prima Western loco 11.05 (11.20), Schmalz middle Western 10.90—11.00 (11.05—11.15), Talg spezial extra 6⅝ (6¾), Talg, extra lose 6⅝ (6⅝), Talg, in Tierces 6⅞ (6⅞).

Scheideanstalt Pforzheim.

Die Allgemeine Gold- und Silberscheideanstalt in Pforzheim weist einschl. Vortrag für das Geschäftsjahr 1929 einen Bruttogewinn von 626 292 (567 722) RM. aus, wovon Unkosten 491 054 (429 527) RM. und Abschreibungen 13 132 (15 000) RM. erforderten, sodaß ein R e i n g e w i n n von 122 105 (123 194) RM. verbleibt, aus dem w i e d e r 9 P r o z e n t D i v i d e n d e zur Verteilung kommen, dem AR. 6 577 (6 862) RM. vergütet und 7 528 (8 332) RM. vorgetragen werden.

Obwohl die Gesellschaft im Berichtsjahr gut beschäftigt war, mußten, wie der Vorstand ausführt, die Gewinnmöglichkeiten infolge der ungeheuerlichen Steuerbelastung und der hohen Löhne wieder geringer, weswegen auch der beabsichtigte und nötige weitere Ausbau des Unternehmens zurückgestellt werden mußte. Der Bericht hegt über die politische und wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands im laufenden Jahr feste pessimistische Erwartungen.

Die B i l a n z verzeichnet Vorräte mit 1 095 125 (1 384 704) RM., Effekten mit unverändert 84 000 RM., Bargeld und Wechsel mit 85 160 (19 268) RM., Feingold, Feinsilber und Platin mit 145 521 (265 492) RM., Guthaben bei der Reichsbank mit 10 040 (1 505) RM., Postscheck mit 12 025 (11 891) RM. und Debitoren mit 1 040 644 (1 062 578) RM., denen bei unverändert 1.2 Mill. RM. Aktienkapital die Reserven mit wieder 125 000 RM. und Kreditoren mit 1 270 357 (1 759 301) RM. gegenüberstanden. Im Vorjahr wurden noch 80 015 RM. Bankguthaben ausgewiesen. GV. 29. April.

Kronenbrauerei A.-G., Offenburg.

Das am 30. September 1929 abgelaufene Geschäftsjahr der Kronenbrauerei A.-G., Offenburg brachte dem Unternehmen einschließlich eines Vortrages aus dem Jahre 1928 einen Bruttoüberschuß von rund 156 600 RM. Für Abschreibungen wurden rund 136 600 RM. verwendet, sodaß sich ein R e i n e r t r a g von rund 20 000 RM. ergibt. Der auf den 12. April einberufenen GV. wird vorgeschlagen, diesen Reingewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Geschäftsbericht verzeichnet als bemerkenswertestes Ergebnis die im März 1929 beschlossene Uebernahme der L a h r e r B r a u h a u s A.-G. im Wege der Fusion unter gleichzeitiger Erhöhung des Aktienkapitals um 80 000 RM. Ueber die A u s s i c h t e n des laufenden Geschäftsjahres wird bemerkt, daß die billigen Weinpreise den Bierkonsum in den ersten Monaten nachteilig beeinflußt haben. Im Falle einer Biersteuererhöhung werde mit einem weiteren Rückgang des Bierkonsums gerechnet werden müssen.

Als Hauptposten verzeichnet die B i l a n z auf der Aktivseite: Brauereianwesen einschl. Brauereiwirtschaft 841 500 RM., Wirtschaftsanwesen und sonstige Liegenschaften 1.36 Mill., Einrichtungsgegenstände 610 000 RM. und Debitoren 2.05 Mill. RM. Neben dem Aktienkapital von 930 000 RM. erscheinen auf der Passivseite Hypotheken 815 000 RM., Stundungsschulden 2.37 Mill. RM., sonstige Kreditoren, Bankschulden und Akzeptverpflichtungen 612 000 RM.

Wesermünde, 7. April. Seefisch-Versteigerung. Es wurden in Bremen je Pfund folgende Großhandels-Einkaufspreise für Fische mit Kopf erzielt: N o r d s e e: Kabliau Größe I 30½—30¾, Kabliau Größe II 29—34¼, Kabliau Größe III 19¼—22, Schellfisch Größe V 25—27½, Seelinge 20½—27, Katfisch (Aufternfisch) 20—21½, Steinbutt Größe I 194 bis 199. — I s l a n d: Kabliau Größe I 9½—13¾, Kabliau Größe II 10½—15½, Schellfisch Größe I 32—42½, Schellfisch Größe II 34—48¼, Seelachs 10½—15½, Rotbarsch (Goldbarsch) 25—30¼, Katfisch (Aufternfisch) 14¼—20½, Scholle Größe I 31½—49, Scholle Größe II 33—44½, Scholle Größe III 35—47¼, Rotzunge Größe I 94—104. Rotzunge Größe II 27 bis 70—83. — B a r e n t s e e: Kabliau Größe I 12¾—18, Kabliau Größe II 13¼—14½, Schellfisch Größe I 25¾—31½, Schellfisch Größe II 15¼—20, 33¼, Rotbarsch (Goldbarsch) 25—29¼, Katfisch (Aufternfisch)

Metall-Terminnotierungen

Berlin, 8. April. (Funkspruch.)

	Kupfer			Blei			Zink		
	bez	Geld	Brief	bez	Geld	Brief	bez	Geld	Brief
April	—.—	131.25	133	37	36.5	36.5	—.—	35	37
Mai	—.—	131.5	132.5	—.—	36.25	36.5	—.—	35.5	37.5
Juni	—.—	131.5	132.5	—.—	36.25	36.25	—.—	36	37.75
Juli	—.—	132	132.5	—.—	36.25	36.75	—.—	37	38.25
August	—.—	131.75	132.5	—.—	36.5	36.75	—.—	37.5	38.5
September	—.—	131.75	132.5	—.—	36.5	36.75	—.—	37.75	38.75
Oktober	—.—	131.75	132.75	36.5	36.5	36.75	—.—	38.25	38.75
November	—.—	131.75	132.75	36.5	36.5	36.75	—.—	38.5	39
Dezember	—.—	131.75	132.75	36.75	36.5	36.75	—.—	38.75	39
Januar	—.—	131.75	132	37	36.75	37	—.—	38.75	39.25
Februar	—.—	131.75	132.25	—.—	36.75	37	—.—	39	39.5
März	—.—	132	132.25	—.—	36.75	37	—.—	39	
Tendenz:		stetig			stetig			ruhig	

TODES-ANZEIGE.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unseren treubesorgten Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Eberhardt

heute früh im Alter von 57 Jahren durch einen Unglücksfall zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

KARLSRUHE, den 8. April 1930.
Amalienstraße 57.

In tiefstem Schmerz namens der Hinterbliebenen:
Gretel Eberhardt, geb. Költzsch
Hans Eberhardt

Die Feuerbestattung findet Donnerstag, den 10. April 1930, mittags 12 Uhr, im Krematorium statt. (10277)

NACHRUF.

Mitten aus seinem arbeitsreichen Leben wurde uns unser hochverehrter Chef und Mitinhaber unserer Firma

Herr

Karl Eberhardt

durch den Tod entrissen. Der infolge tragischen Unglücksfalles so jäh Verstorbene war uns jederzeit ein pflichtbewußter und gerechter Vorgesetzter, dem es Lebensziel war, seine ganze Schaffenskraft für unseren Betrieb zu opfern.

Wir werden dem allzu früh von uns Geschiedenen ein stetes und ehrendes Andenken bewahren.

KARLSRUHE, den 8. April 1930. (10276)

Die Angestellten und Arbeiter des Automobilhauses Peter Eberhardt.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Gattin, unsere gute Mutter und Großmutter

Emma Aichele

geb. Schmitt

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wiederholt versehen mit den hl. Sterbesakramenten, heute vormittag ½11 Uhr, zu sich in die ewige Heimat abzuberufen.

Karlsruhe, den 8. April 1930.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Hermann Aichele, Fürsorgeinspektor
Hermann Aichele, Oberzollsekretär
und **Familie**
Karl Aichele, Bankbeamter.

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr.
Trauerhaus: Seubertstraße 4. B466

Kapitalien

Auf 1. Hypothek gesucht 20 000 ℳ
Schätzung 55 000 RM. Angeb. unter W9770 an die Bad. Presse.

Reichsbeamter
sucht 200 Mark von Selbstgeber auf 6 Monate, hoher Zins und Sicherh. vorhanden.
Angebote unt. B4265 an die Badische Presse.

DARLEHEN
auf ½ und 1 ganzes Jahr gegen Möbelsicherheit, Gehaltsabtretung usw. Selbstgeber. Bish. Auszahlg. lt. amtl. Urk. 1 850 586.90 Fr. Ratenrückzahlung. (N2190
Litzenburger & Emrich, Karlsruhe, Amalienstraße 81 — (am Kaiserplatz).

Amtliche Anzeigen

Fischerei-Verpachtung.
Die Gemeinde Waldprechtsweier, Amt Rastatt, verpachtet am Samstag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, auf dem Rathaus in Waldprechtsweier das Fischwasser auf zwölf Jahre; das Fischwasser umfaßt die Gemeindewasser des Waldprechts- und Wuzenbachs in den Gemarkungen Waldprechtsweier und Malsch. (6607a)
Waldprechtsweier, den 7. April 1930.
Das Bürgermeisteramt.
Durm.

Versteigerung.
Morgen Donnerstag, ½3 U., Körnerstr. 18, aus gutem Hause, i. A.: Schöne Standuhr (Westminster), pol. Spiegelschrank, Vertiko, Kommode, Sofa m. Umbau u. 2 Sess., große Garderobe, Waschkommode m. Sp. u. M., Betten und Fliegenschrank, Büchergestell, Damenschreibtisch, Notenschränkch., ant. Schrank, antikes Büfett, Stühle u. Spiegel, Bahnwaage, Küchenwaage, Stubenwagen, Kinderstühlchen, Kinderbadewanne m. Gestell, Küchen-Einrichtung f. Büfett, große Kuckucksuhr, reich geschnitztes Jagdstück, Flaschenschrank, Obsthorden, Kristall-Lüster, elektr. Stehlampe m. 2 Figuren, Mignon-Schreibmaschine, Herrenfahrrad, Rodel, Ofenschirm, einschließl. Freihandverkauf eines neuen Schlafzimmers, eiche, und flüssiges Bodenwachs in Dosen. (10824)
Geich, Goethestraße 18. Tel. 2725.

Zwangsversteigerung. Donnerstag, den 10. April 1930, nachmitt. 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, im Pfandlokal, Herrenstr. 45a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 1 Bücherschrank, 1 Aktenschrank, 2 Oelgemälde, zwei Kleiderschränke, 1 vollst. Bett, 1 Büfett, 1 Spiegelschrank, 1 Stanzmaschine, 1 Schmirgelscheibe und verschied. Karlsruhe, (10273) den 8. April 1930.
Strang, Obergerichtsvollzieher.

Kaufgesuche

Schlafzimmer Speisezimmer Küchen u. sonst. Möb., einz. od. ganze Einrichtg., kauft jederzeit D. Gutmann, Rudolfstr. 12, Telefon 6608.

Altertümer
Perser-Teppiche, Gemälde u. Juwelen kauft Arnold Fischl, Kaiserst. 207. Tel. 3166

Krankenfahrstuhl
gebr., gesucht. Offer en mit Preisangabe an Frl. Th. Weickgenannt, Bruchsal, Kaiserstr. 97/3. (B461)

Motorrad
b. 500 ccm, zu kauf. gesucht. Genaue Angeb. m. Pr. u. H4258 a. B. Presse.

1—2 Anzüge
von Privat für mittl. oder starke Figur zu kaufen gesucht. Off. u. F.H.2232 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Getrag. Anzüge und Kleider zu kaufen ges. Offert. u. Nr. T9774 an die Bad. Presse.

Trauerbriefe u. Danksagekarten
werden rasch u. preiswert angefertigt in der Druck F. Thiergarten (Badische Presse).

Zu vermieten

In zentraler Lage
Raum von 30 qm als **Büro Werkstätte oder Lager**
eventl. mit Garage zu vermieten. (FH1859) Sofienstraße 30, I.

Laden
in B.-Baden, Mitte d. Stadt, mit feiner Ladeneinrichtung, evtl. a. Wohnung sofort zu vermieten. Briefl. od. mündlich. (6528a) Büttenstraße 11, 1. St.

Werkstatt, Nähe Marktplatz, sof. zu vermiet. Näheres: Bismarckstr. Nr. 37, Rempp. (B451

Wohnungsbüro Herbst Kaiserstr. 42, III., vermittelt 1 Z. Küche 30 bis 40 ℳ, 2 Z., K., 40 bis 70 ℳ, 3, 4, 5 und mehr — Tel. 2871. (B301)

Herrschaftliche Wohnung
Erdgeschoß, 7 Zimmer große Diele, Glasveranda, Gartenanteil, p. 1. April 1930 od. früh. zu vermieten. (2393) Vorholzstraße 21, III. Telefon 3498.

4 Zim.-Wohnung
im 2. Stock, mit allem modernen Zubehör, in der Nähe des Stadtgartens u. des Hauptbahnhofes, auf 1. Juli mit od. ohne Garage zu verm. Näh. Hohenzollernstraße 33, bei Müller, Telefon 2238.

Herrschaftliche
4 Zim.-Wohnung
Diele, Bad, Warmwasserheizung, Mädchenk., Loggien, Kloseстraße 9, II., auf 1. Juli oder später zu vermieten. Ruf. Rüppurrerstr. 25, Tel. 2276.

Schöne (B457)
2—3 Z.-Wohnung
(40 ℳ mon.) an alleinsteh. Person od. ält. Ehep. zu verm. Kastenwörthstr. 42 Daxlanden

2 Zim.-Wohnung
m. Mans., Küche u. Zubeh. (Neub.), a. 1. Juni z. Mt. Zu erfr. Rüppurr, Kleiststr. 12. (B247)

2 leere, 2fenstr., große **Zimmer**
Sonnens., als Wohn- od. Geschäftsräume sofort zu vermie. Preis 45 ℳ. Näh. Sofienstr. Nr. 18, Hof, 1 Tr.

Bismarckstr. 71, sind
2 möbl. Zimmer
mit eingericht. Küche, Klose t u. Kellerabteil, an Ehepaar per sofort od. später zu vermiet. Näheres daselbst zw. 11—3 Uhr im 3. Stock.

Elegant möbl. Zimmer
Herrschaftshaus, beim Hauptbahnhof, an berufstät. Herrn zu vermieten. (10008) Kurfürstenstraße 18, 3 Treppen, links

Möbl. Zimmer, 2 B., zu vermiet. (B320) Veilchenstr. 18, III., r.

Lessingstr. 9, II., beim Mühlb. Tor, möbliert. Zimmer an sol. Mieter abzugeb. (10114)

Separat-Zimmer gut möbl., a. berufst. Herrn od. Dame zu vermieten (FW6720) Rüppurrerstr. 19, II.

2 helle leere Räume parterre, zu vermiet. Näh. Stefanienstr. 66, 2 Stock. (FH 1783)

Schönes (FW6702)
2 Bettenzimmer
vorüberg. od. dauernd an nur solide Damen od. junge Mädchen zu vm. evtl. m. Verpfleg. Ettlingerstr. 15, part.

Freundl. möbl. Zim. sofort zu verm. (B414 Kaiserstr 105, 3 Tr.

Gut möbl. Zim auf 1. Mai an sol. bess. H. zu verm. (FH2155) Hirschstraße 51, I.

Gut möbl. Zimmer 1 od. 2 Bett., z. verm. Rüppurrerstr. 14, IV.

Mansardenzimmer gut möbl., a. 15. April zu vermieten. FH2223 Scheffelstraße 58, part.

Schön möbl. Zimmer ev. Badbenütz., sof. o. spät. zu verm. FH2219 Yorkstraße 65, IV., r.

Herrenstraße 5, III., möbl. Mans.-Zim. mit Pension bill. zu verm., auf 1. Mai. (B456)

Zu vermiet. an bess. Herrn od. Dame schön möbl. Zimmer. FH2217 Welfenstr. 8, 4. St.

Sonn., groß. Zimmer mit 2 Bett., mit od. ohne Pens., zu verm. Marienstr. 28, 3 St. (B467)

Möbl. Zimmer, el. L., 1 od. 2 Bett., m. od. ohne Pens., sof. zu vm. Ettlingerstr. 21, part. (FW6717)

Mietgesuche

4 Z.-Wohnung
neuzeitlich, in ruhiger Lage d. Weststadt, auf 1. Juli gesucht. Off. mit Preisangabe unt. Nr. F. H. 2220 an die Badische Presse erbet.

Beamtenwitwe sucht
3—4 Z.-Wohnung
auf 1. Mai. Angebote mit Preis unt. F. W. 6709 an die Badische Presse Fil. Werderpl.

Alleinsteh. Frau sucht
2—3 Z.-Wohnung
in ruhig. Hause, Süd- oder Südwestst., zu mieten. Angebote unt. F.H.2240 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Von kinderlos. Mieter wird schöne
3 Zim.-Wohnung
(Altbau), evtl. 2 Zim.-Wohnung (Neub.), auf 1. od. 15. Juni gesucht. (Nur Weststadt). Ang. u. F. H. 2224 a. Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Gesucht auf 1. Mai
2—3 Z.-Wohnung
in Mühlburg od. Aldsiedl. b. Mietevorausz. Preisang. unt. B4225 an die Bad. Presse.

Zimmer

Nähe Oberlandesgericht gut möbl. Zimmer
von richterl. Beamten sof. gesucht. Offert. u. F.H.2234 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

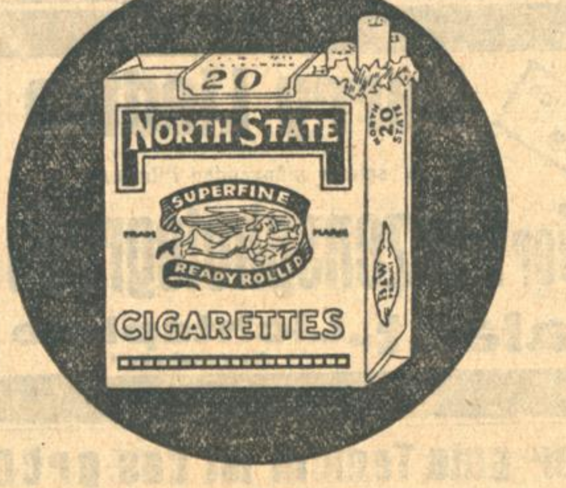
Berufst. Frl. sucht möbl. Zimmer, part., w. m. Badgelegenh. Nähe Hebelstr., auf 15. April. Preisangeb. unter Nr. G4257 an die Badische Presse.

Wohnung von 6 - 8 Zimmern
mögl. Stadtmitte, ges. Ang. m. Preisang. u. F.K.O.237 d. Rud. Mosse, Karlsruhe.

FEINSTE ZIGARETTEN VON BESTEN ORIENTALISCHEN UND ANDEREN AUSGEWÄHLTEN TABAKEN NACH AMERICANISCHER ART SORGFÄLTIGST HERGESTELLT

NORTH STATE

B&W PRODUCT



GELBE PACKUNG 5 Pfennig
BLAUE " 6 "
ROTE " 8 "

BROWN & WILLIAMSON TOBACCO CORP. EXPORT LTD.
SUCCESSORS TO
BROWN & WILLIAMSON TOBACCO CORPORATION
LOUISVILLE, KENTUCKY, U.S.A.

Generalvertretung Nord-Baden u. Pfalz für die in Deutschland hergestellten Zigaretten: Willy Burgmeier, Mannheim, Hch.-Lanzstr. 31. Telefon, Mannheim Nr. 26 114.

Stellenmarkt

Offene Stellen

Größeres Werk für Eisen- und Wellblechkonstruktionen mit einigen Fabrikationssonderheiten sucht umsichtigen u. versierten

Vertreter

im badischen Oberland. Schriftliche Bewerbungen mit Angabe der seitherigen Vertretungen erbeten unter F. E. G. 782 durch Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. (N2108)

Heimarbeit schr.-liche Vitalis-Verl. Münch. (N1606)

Zuverlässige
Reisevertreter
für den Vertrieb von Ladeneinrichtungsgegenständen, Schnellwaagen und Spezialmaschin. gesucht. Hoh. Provision. Herren mit Auto bevorzugt. Angebote unt. Nr. G9954 an die Bad. Presse.

Herren und Damen z. Verkauf v. Kräutertee ges. Gt. Verdienstmöglichk. Zu erfr. u. J4259 t. d. Bad. Pr.

Leute gesucht zum
Hausieren
mit einem leichtverkäufl. Haushaltartikel, sehr guter Verdienst. Angebote unt. L4261 an die Badische Presse.

Verdienst für jeden! Jul. Kratz, Solingen 11 Merscheid. (6267a)

Lackier- und Malergehilfe
für feine Möbel und Schleiflackierung für sof. auf dauernd ges. Friedrich Schwald, Weinbrennerstraße 56, Werkstätte Karlstr. 28. (2229)

Erstklass. Restaurant sucht
Kellnerlehrling
nicht über 15 Jahre. Vorzustell. Karlstr. 44. (10330)

Weiblich

Frau od. Frl. gesucht, tücht., zuverl., z. Vertrieb eines gangbaren Artikels, die g. extra Vergüt. d. Ware für noch einige
Hausiererinnen
übernimmt. Angeb. u. T4269 an Bad. Presse.

Geprüfte
Krankenpflegerin
d. ganz. Tag sofort gesucht. Angebote unter F.H 2230 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Jüngere
Köchin
gesucht, welche bürgerlich kochen kann. Eintritt sofort. (10275) „Fliegerklause", Flugplatz.

Köchin gesucht
die gute Zeugnisse besitzt, nicht über 30 J. alt. Hohes Gehalt, gute Behandlung. Offerten unt. D9784 an die Badische Presse.

Gesucht gut bürgerl.
Restaurat.-Köchin
Angeb. u. Nr. M4242 an die Bad. Presse.

Alleinmädchen
das selbständig gut kochen kann, weg. Erkrank. des Mädchens sofort gesucht. (B469) Ettlingerstraße 23.

Jüng., braves, fleißig.
Mädchen
für Haus- u. Gartenarbeit, bei Familienanschluß, auf sofort gesucht. Lohn nach Uebereinkunft Frau Klotz, Durlach-Aue, Hauptstraße 16. (10268)

Solides Mädchen
für kleinen Haushalt tagsüber per 1. Mai gesucht. Zu erfragen Jollystr. 27, 3. Stock.

Fleißiges
Küchenmädchen
sofort gesucht. (10827 Gasthaus „zur Rose", Kaiserplatz.

Mädchen
für Haushalt, tüchtig, 18—20 Jahre, gesucht. Vorzustellen: (B463) Rest. „zur Sonne", Durlach.

Haustochter
welche alle häuslichen Arbeiten willig verrichtet, z. kl. Familie in Einf.-Haus b. Taschengeld, f. 1. Mai gesucht. Nur Dauerstelle. Offerten unter S4268 an Bad. Presse.

Ges. Mädchen od. jg. Frau f. tags od. halbt. Nähkenntn. erf. Bismarckstr. 81. (FH2237)

Halbtagsmädchen
gesucht (Vormittags). Seippel, Wendtstr. 3, III. (FH2227)

Stellengesuche

Männlich

Herrenfriseur
sucht für Freitag und Samstag, sowie in der Osterwoche Aushilfsstelle. Offerten unter F.H.2238 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Weiblich

Fräul. sucht auf 1. Mai Stelle als Verkäuferin in Lebensm.-Geschäft. War bisher in Metzgereibetr. tätig. Eintritt kann auch sofort erfolgen. Gute Zeugnisse vorhanden. Angeb. u. Nr. M4262 an die Bad. Presse.

Suche für meine Tochter, 17 J. alt, die bereits 2 Jahre in Kolonialwar.-Geschäft u. Metzgerei als
Verkäuferin
sowie in der Haushaltung tätig war, ähnlichen Posten in gutem Hause. Off. unter Nr. W6591a an die Badische Presse.

Junges, gewandtes
Servierfräulein
perfekt im Zimmerdienst, sucht auf sofort od. 15. April Stellung in gutem Hause. Gefl. Angebote unt. M4267 an die Badische Presse.

Kinderpflegerin
mit gut. Empfehlung., sucht auf 15. April passende Stelle, auch auswärts. Uebernimmt auch Hausarbeit. Angeb. unt. F.H.2216 an die Badische Presse Filiale Hauptpost.

Tücht. Köchin
sucht sofort Stellung. Ang. u. F. W. 6711 a. Bd. Pr. Fil. Werderpl.

Jung. Fräul., 19 J., sucht Stelle als Küchenmädchen. Geht auch nach B.-Baden. Gut. Zeugnis vorhand. Angebote unt. Nr. N4263 an die Bad. Presse.

Bad. Tuberkulosefürsorge GELD-LOTTERIE
Ziehung garantiert 25./26. April
Höchst- u. Hauptgewinn auf 1 Doppell.
12500
6000
5000
Preis 50 Pfg. Doppell. 1.- Porto u. Liste 30 Pfg.
Alle Lotterie-Einnehmer u. Verkaufsstellen
STÜRMER MANNHEIM O 7 11
Postscheckkonto 17043 Karlsruhe

Olaf Fjord - Claude France in

MADAME IM SCHLAFWAGEN

Nach dem berühmten Roman:

„Madonna im Schlafwagen"

von Dekobra.

3,30 5,30 **UNION-Theater** 7,20 8,50

Heute unwiderruflich **letzter Tag**

Harry Liedtke

in seinem glänzenden Filmwerk

Der Herzensphotograph

Palast-Lichtspiele

Herrenstraße 11.

Badisches Landestheater

Mittwoch den 9. April nachmittags. Geschlossene Vorstellung für auswärtige Schulen.

Das Kätchen von Heilbronn oder: Die Feuerprobe

Von Kleist.

Regie: Baumbach.

Mitwirkende: Bertram, Ermarth, Frauendorfer, Genter, Ziegler, Bauer, Hebeisen, Jank, Kallab, Seiling, Brand, Gemmecke, Graf, Herz, Hierl, Höcker, Just, Kloeble, O. Kienscherf, Kuhne, Müller, Prüter, Schneider, Schulze, v. d. Trenck, Grimm, H. Kienscherf, Luther, Meyer, Nagel, Kilian, Kleinbub.

Kein Kartenverkauf. Anfang 15 Uhr. Ende 17¾ Uhr.

Abends: *A 20, Th.Gemeinde 1. S.-Gr.

Der Waffenschmied

Von Lortzing.

Dirigent: Krips.

Regie: Ammermann.

Mitwirkende: Blank, Grünwald-Seyfert, J. Grötzinger, Kainbach, Kiefer, Löser, Oerner, Schoepflin, Arras.

Anfang 20 Uhr. Ende 22½ Uhr. Preise C (1—7 Mk.).

Do. 10. April: Die Affäre Dreyfus. Fr. 11. April: Die Affäre Dreyfus. Sa. 12. Apr.: Trojaner. So. 13. Apr. Zum ersten Mal: Angelina. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung. Mo. 14. April 9. Sinfonie-Konzert.

Der gute Tonfilm ist das größte Gemeinsamkeits-Erlebnis, das die Neuzeit zu bieten vermag!!!

So hat er sich denn auch Karlsruhe im Sturm erobert!

Unsere 9 Uhr-Vorstellung war vom 2. Spieltage an bis heute täglich ausverkauft!

„So etwas Wunderbares habe ich überhaupt noch nie gesehen!"

So und ähnlich lauten die durchweg begeisterten Urteile unserer Besucher.

Nur noch wenige Tage um 4, ½7 u. 9 Uhr

Das Wunder des Tonfilms

The Singing Fool

(Der singende Narr)

mit **AL JOLSON** u. seinem Weltschlager

Sonny Boy

Berücksichtigen Sie bitte die Nachmittags-Vorstellungen.

SCHAUBURG

MARIENSTRASSE 16 TELEFON 6284

Noch nie hat Karlsruhe so gelacht, wie über

ERICH WOLF und OTTO HOPPÉ

Die zwei Unvergleichlichen!

Täglich nachmittags und abends im

Café Odeon

Colosseum

Heute abend 8 Uhr

Der große Lach-Schlager

Der doppelte Erich

Tanz Café u. St. Grüner Baum am Durlacher Tor

Heute

Tanz

Kapelle **Henry Schaefer**

ROLAND

Gastspiel

Van and Vona

die amerikanische **Attraktion** und das glänzende April-Programm

4 Uhr 8 Uhr

Zum

Elefanten

Täglich ab 8 Uhr spielen die

Original-Lipsianer

Welcher Schneider

liefert Anzug gegen neues Fahrrad? Angebote unter F.W.6710 an die Badische Presse.

Kaffee Bauer

Heute Mittwoch 20.30 Uhr abends:

Großes Sonderkonzert

Aus dem Programm:

Ouverture zu Benvenuto Cellini — Berlioz

Erinnerung an Bayreuth — Morena

Klaviertrio Es-Dur. Op. 1 — Beethoven

Morgen Donnerstag:

Gesellschafts-Tanz-Abend

Künstlerhaus - Restaurant

Karlstraße 44 — Sofienstraße 2

Heute Mittwoch

KONZERT

Eintritt frei. 10 29

SIMBA

Der König der Tiere erwartet auch Sie!

Was die Kritik schreibt:

... tausendmal spannender, aufregender als alle Filme, die ich bisher sah ... Die Löwenjagd der Krieger ... ist wohl das Interessanteste, was je auf einem Bildstreifen gezeigt wurde ... Das Werk ist überwältigend ... **Berlin am Morgen.**

... Prachtvoller Naturfilm ... eine Photographie der Natur, aber tausendmal spannender, aufregender als alle Filme, die ich bisher sah ... **Welt am Morgen.**

Noch nie gesehene Aufnahmen aus Ost-Afrika, Löwenjagd usw. Täglich ist **Simba** im

RESI 3.30 5.30 7.20 8.50

KAMMER LICHTSPIELE

Kaiserstraße 168 Telefon Nr. 3053

Ab heute In Erstaufführung

DAS EREIGNIS DER SAISON!

Ab heute! 3.30, 5, 7 u. 9.

Die pikanteste Delikatesse der Filmkunst!

Als **Der beste Film der Welt** laut Abstimmung d. Journalisten sind DIE NEUEN HERREN anerkannt und preisgekrönt.

DIE NEUEN HERREN

Die Freundin des Ministers

nach dem Theaterstück von Robert de Flers und Fr. de Croisset.

REGIE: JACQUES FEYDER.

Diese geistreiche Satire jeden Parlaments wurde in Frankreich vom Ministerium zur Aufführung verboten! In Deutschland zugelassen, hat dieser Film zeithistorische Bedeutung erreicht! [10238

KULTURFILM **LUSTSPIEL**

Verst. Kapelle! Bitte um Nachmittags-Besuch.

Gloria-Palast

Ab heute! **Am Rondellplatz**

Ein neuer Groß-Film, welcher von der gesamten Presse als Spitzenleistung und als Sieg auf der ganzen Linie bezeichnet wurde.

Ein Meisterwerk der deutschen Filmkunst

nach dem bekannten Volksstück von **Ludwig Anzengruber.**

Hauptdarsteller:

HANS MARR — GRITTA LEY

CARL DE VOGT — ROLF VON GOTH

Vor den majestätischen Bergen, in einer wundervollen Landschaft entwickelt sich die zu Herzen gehende Geschichte einer großen freud- und leidvollen Liebe. Ein echtes Volksstück aus herrlichen Gebirgsländern, durchwoben von schönsten Volksliedern, jauchzenden Jodlern, von Spiel, Gesang und Tanz.

Bunt, vielgestaltig u. großartig sind die Schauplätze des Films, und einfach, schlicht, naturhaft seine Menschen.

Gut bürgerliches

Mittagessen 90 ₰

Abendessen 70 ₰

Bad. Frauenverein

Abt. Gesch. Heim, Herrenstraße 37

JUST

Weinhaus

Täglich **KONZERT** Florida-Band

Asti auf der Höhe seiner Güte.

Welcher **Geschäftsmann** wäre gewillt, eine Lebensversicherung abzuschließen, wenn Gegengeschäft bei sofortig. Barzahlung gemacht werden kann Kauf v. Fahrrad, Kohlenherd, Zimmerofen, Matratzen, Schuhe usw.

Angeb. unt. F.H.2228 an die Badische Presse Filiale Hauptpost.

IHR WUNSCH ERFÜLLT SICH

wenn Sie etwas kaufen oder verkaufen wollen; wenn Sie eine Stellung oder Personal suchen; wenn Sie eine Wohnung mieten, tauschen oder vermieten wollen; wenn Sie Teilhaber, Barmittel oder Hypotheken suchen; wenn Sie einen verlorenen Gegenstand wieder erlangen wollen

durch eine kleine Anzeige in der Badischen Presse

Atlantik-Lichtspiele

Kaiserstr. 5 (Am Durlacher Tor) Tel. 5449

Täglich ab 4 Uhr der neue van de Velde-Film:

Fruchtbarkeit

(Das Problem der Mutterschaft)

Wenn der Mensch es für seine Pflicht hält, gegen die vernichtende Natur vorzugehen, so darf er auch die zeugende Natur zu lenken versuchen ... Ein wissenschaftlich ernst zu nehmendes Werk in 5 Akten, bearbeitet nach dem 3. Bande der van de Velde-Trilogie. Die Fruchtbarkeit in der Ehe und ihre wunschgemäße Beeinflussung. — Dazu:

Die Fahrt ins Feuer

Ein Film aus den Vorkriegsjahren mit VILMA BANKY.

4 ½7 9 Uhr

Gewerbeschulen I, II u. III Karlsruhe.

Einladung.

Wir beehren uns, zur Besichtigung der in der Zeit vom 13. bis 17. April 1930 stattfindenden (10058)

Lehrlings- und Schülerarbeiten-Ausstellung

ergebenst einzuladen. Die Ausstellung ist eine Teilausstellung. Sie umfaßt:

1. Die in der Meisterlehre gefertigten Lehrlingsarbeiten der Gewerbeschulen I, II und III.
2. Schülerarbeiten aus den Fachabteilungen der Maler und Buchdrucker.
3. Schülerarbeiten aus dem Werkstättenunterricht der Schreiner, Zimmerer, Buchbinder, Maschinenschlosser, Mechaniker, Auto- und Fahrradmechaniker, Feinmechaniker, Elektriker und Bauschlosser.
4. Arbeiten der Malerfachschule (Höhere Gewerbeschule).
5. Arbeiten des Bildhauerfachkurses (Ganztagunterricht).
6. Arbeiten der Fachschule für Elektrotechnik (Ganztagunterricht).
7. Arbeiten des Fachzeichenkurses f. Schreinergesellen (Abendunterricht).

Ausstellungsort: Gewerbeschule, Adlerstr. 26.

Ausstellungszeit: 13. April von 11—13 und von 14—18 Uhr. 14. bis einschl. 17. April von 14—18 Uhr.

Die Direktoren.

Zur Konfirmation und Kommunion

empf. frische Fluß- u. Seefische: Rheinsalm, Silberlachs, Zander, Seezungen, Steinbutt, Heilbutt.

Echt russ. Kaviar, leb. u. gek. Hummern, Gansleberpasteten.

Frisches Mastgeflügel

Brüsseler u. franz. Poularden, Puter, Poulets, Hahnen, Hühner. Junge 1930er Gänse und Enten

Obst- und Gemüse-Konserven

Tafelobst und frisches Gemüse, Maltakartoffeln.

Kissels Kaffee aus eigener Rösterei täglich frisch gebrannt Pfd. 4.80 4.— 3.60 3.20 2.80 2.20

Weiß- und Rotweine

Fl. —.70 1.— 1.20 1.30 1.50 2.— sowie Edelweine von Bassermann, Bürklin Buhl etc. Sekt Fl. 4.50, 5.—, 6.90, sowie alle bekannten Marken Likör e. Spirituosen, Dessert- u. Krankenweine.

Hans Kissel

Kaiserstraße 150 Tel. 186-187

Prompt. Versand nach auswärts

Fort mit grauen Haaren!

Durch einf. Einreib. m. „Laurata" erh. Ihre Haare Jugendfarbe u. Fülle unt. Garantie wieder. Fleckt nicht, absol. unschädl. Beste Mittel geg. Schuppen u. Hautausfall. Drei Flasche 6.M u. Porto, durch Laura-Werk Depot: Badenia-Drogerie, Kaiserstraße 245, Drogerie Walz, Zähringerstr. 17, sowie Drogerie A. Fuß Lammstr. 11. (10239)

Immobilien

Suche kl. unterhalt. Landhaus (1—2 Familien) sof. zu kaufen. Erwin Stephan, Dresden-N., Fichtenstr. 30.